



**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**  
NEW YORK OFFICE

# URBANE AUSTRERITÄT

Die neoliberale Krise der amerikanischen Städte

Von Jamie Peck

## Inhaltsverzeichnis

Austerität und Widerstand im 21. Jahrhundert. Von den Herausgebern.....1

### **Urbane Austerität**

**Die neoliberale Krise der amerikanischen Städte**.....2

Von Jamie Peck

Extremes Sparen: Die Austeritätsphase des Neoliberalismus.....4

Was das „1%“ den Städten zumutet.....8

Wenn die Lichter ausgehen: Städte unter Austeritätsdruck.....10

Der Fall Detroit.....11

Austerität wird politisch erzwungen.....12

Sachverwalter des Sparzwangs.....14

Strukturanpassungsmaßnahmen.....16

Das Beispiel Chicago.....18

Der Zwang zur Veränderung: Die Dynamik der kommunalen Austerität.....21

Austeritätsurbanismus.....24

Zusammenfassung: Austerität als Krise der Kommunen.....26

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Mai 2015

City Series

**Herausgeber:** Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg

**Adresse:** 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016

**E-Mail:** info@rosalux-nyc.org; **Telefon:** +1 (917) 409-1040

Gefördert mit Mitteln des Auswärtigen Amts

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung von benachteiligten Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen.

Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

[www.rosalux-nyc.org](http://www.rosalux-nyc.org)

## **Austerität und Widerstand im 21. Jahrhundert**

Städte sind Schauplätze sozialer Auseinandersetzungen – dies wird heute, angesichts weiter wachsender sozialer Ungleichheit, besonders sichtbar. Doch trotz seiner spektakulären Fehlschläge, die in der Finanzkrise von 2007/08 gipfelten, regiert der Neoliberalismus unangefochten weiter. In diesem Kontext gilt Austeritätspolitik – laut David Harvey ein neues Kapitel in der „Akkumulation durch Enteignung“ – als das Gebot der Stunde. Während viele Beobachter den „Gridlock“ – den legislativen Stillstand – in Washington, D.C. diskutieren, finden die Folgen und Formen der Austerität auf kommunaler Ebene vergleichsweise wenig Beachtung.

In dieser Studie analysiert Jamie Peck, Professor für Geographie an der University of British Columbia in Kanada, wie der Neoliberalismus seit der Großen Rezession seinen Zugriff auf die Städte verstärkt hat – ein Phänomen, das er als „urbane Austerität“ bezeichnet. Aufgrund der räumlichen Konzentration von gewerkschaftlichen Organisationen, Afroamerikanern und anderen *People of Color*, von armen Menschen und liberalen Wählern sind Städte bevorzugte – und zugleich besonders verwundbare – Ziele für die Implementierung von Austeritätsmaßnahmen. Städtische Verwaltungen kürzen soziale Dienstleistungen und die Löhne von Beschäftigten des öffentlichen Sektors, stützen Schulhaushalte und reduzieren den Bestand an Sozialwohnungen. Gleichzeitig privatisieren sie wesentliche Versorgungsbereiche der Stadt und subventionieren private Anleger. Einige Stadtverwaltungen mit unternehmerischen Neigungen begrüßen diese Schritte, doch den meisten bleibt schlicht keine Wahl angesichts der Haushaltszwänge, die von Regierungsvertretern in Washington, D.C., und in den Bundestaaten geschaffen und an die kommunale Ebene durchgereicht werden. Damit bleibt letztlich jede Stadt und jede Gemeinde sich selbst überlassen. Und während einige Städte in der Lage sind, sich den Sparzwängen anzupassen und die Welle an Privatisierungen ohne Kollaps zu überstehen, gehen andere Städte – wie im letzten Jahr Detroit – unter.

Trotzdem ist die gegenwärtige Situation in US-Städten für linke Politik keineswegs völlig düster. Denn Städte werden erneut zum Nährboden für progressive Kampagnen – von Basisorganisationen und Bewegungen bis hin zum wahlpolitischen Engagement. Auch Occupy Wall Street war eine urbane Bewegung, die ähnliche Ausformungen in zahlreichen Städten überall in den Vereinigten Staaten und anderswo inspirierte. An vielen Orten kämpfen *Right-to-the-City*-Initiativen gegen die Flut von Zwangsvollstreckungen, Zwangsräumungen und steigenden Mieten. Viele linke Bewegungen haben sich zuletzt auf die Stadtpolitik konzentriert und den Weg für progressive Bürgermeister bereitet – in New York City, Boston und Minneapolis, um nur einige zu nennen. Diese Städte erleben soziale Verbesserungen, wie beispielsweise Mindestloohnerhöhungen, Ausweise für Papierlose, Rechtsschutz für Hausangestellte, bezahlte Krankheitstage, Kleinkindbetreuung und mehr. Während Städte also zunehmend Angriffspunkte für Austeritätspolitik werden, zeigt sich gleichzeitig, dass der Kampf gegen Austerität und für progressive Politik gerade erst richtig beginnt.

Mieten- und Stadtpolitik sind ein Schwerpunkt unserer Arbeit als New Yorker Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mit dieser Studie schlagen wir in neues Kapitel auf und beginnen, neben unseren anderen Publikationen, eine diesem Thema gewidmete Publikationsreihe: die „City Series“.

*Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg  
Leiter des Büros New York, Mai 2015*

# Urbane Austerität

## Die neoliberale Krise der amerikanischen Städte

Von Jamie Peck

„Austerität“? Das ist ein Begriff, den der bekannte US-amerikanische Wörterbuchverlag Merriam-Webster 2010 zum Wort des Jahres ernannte und der mittlerweile die Zeit *nach* der Großen Rezession, in der wir angeblich leben, geradezu als Schlüsselbegriff charakterisiert. Entgegen der Behauptung, wir hätten die Krise hinter uns, spricht einiges dafür, dass wir vielmehr erst am Beginn eines ganzen „Zeitalters der Austerität“ stehen (Edsall, 2012; Featherstone u.a., 2012). Merriam-Webster definiert „Austerität“ als einen Zustand „erzwungener oder extremer Sparsamkeit“ – eine Begriffsbestimmung, deren adäquate Knappheit auf historische Sinngehalte dieses Wortes (und die mit ihm verbundenen klassischen Vorstellungen von Selbstdisziplin, Sparsamkeit und Mangel) verweist, zugleich aber ausgesprochen neoliberale Anklänge hat. Dem neoliberalen Drehbuch zufolge ist *öffentliche* Austerität eine Notwendigkeit, Reaktion auf Marktzwänge, und der Staat reagiert mit immer neuen fiskalischen Kürzungsrunden, wobei er oftmals Stadtverwaltungen und alle die ins Visier nimmt, die sozial wie räumlich am verwundbarsten sind. Die Austeritäts-Orientierung eröffnet die historische Chance, auf kommunaler Ebene noch schlankere Versionen des „schlanken Staats“ zu erzwingen. Definiert man die Verkleinerung der öffentlichen Verwaltungen und die fortschreitende Privatisierung als fiskalische Notwendigkeiten, so bewegt man sich auf neoliberalen Terrain. Das ist jedoch – natürlich – nicht einfach nur neoliberal, denn diese neueste Austeritätsoffensive verläuft unter historisch und geografisch spezifischen, unverwechselbaren Bedingungen, und dies im Kon-

text einer (lokalen) Staatlichkeit und (kommunalen) Politik, die ja *schon zuvor* neoliberalisiert worden sind.

Seit dem Wall Street Crash von 2008 lautet die neu aufpolierte Begründung für Austeritätsmaßnahmen, die Durchsetzung strenger Haushaltsdisziplin und staatliche Ausgabenkürzungen seien der (einzige) Weg zur Wiederherstellung geordneter Staatsfinanzen auf allen Ebenen – und nur so könne man das Vertrauen der Investorenklasse festigen, die nervösen Märkte beruhigen und neues Wachstum schaffen. In Europa allerdings – wo offenkundig der entscheidende Test läuft – gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Sache funktioniert: Dort hat das Wachstum sich verlangsamt oder ganz aufgehört; es wurden Massenproteste provoziert, die mit politischen Gegenzügen sowohl von rechts wie von links einhergehen; und unter der Last dieser Entwicklungen sind diverse Austeritätsregierungen der Reihe nach kollabiert. In den Vereinigten Staaten hat das kurze Zwischenspiel der Obama'schen Wirtschaftsbelebungsmaßnahmen nach dem Crash einen populistischen Aufstand der Rechten mit erheblichen wahlpolitischen Folgen ausgelöst, die in einer Haushaltsblockade in Washington und wesentlichen Ausgabenkürzungen auf einzelstaatlicher und kommunaler Ebene kulminierten.

Es handelt sich dabei um keine vorübergehende Erscheinung. Was in einer Untersuchung (Pew Charitable Trusts, 2012: 2) „lokale Finanzklemme“ heißt, wird „auf Jahre hinaus“ spürbar bleiben. Der US-Bundesrechnungshof,



das Government Accountability Office (GAO), schätzt, dass das Grundsteueraufkommen (das traditionell etwa ein Drittel der kommunalen Geldeinkünfte ausmacht) nicht vor 2039 wieder das Niveau von 2009 erreichen wird. Das dadurch entstehende „Haushaltsloch“ ist struktureller Art. Wenn die Politik sich nicht ändert, werden die Ausgaben der Kommunen um 12,7 Prozent p.a. gesenkt werden müssen, um dieses Loch zu schließen, und zwar Jahr für Jahr bis 2062 (GAO, 2012). Schlimmer noch, 46 der 50 US-Bundesstaaten haben mittlerweile die kommunalen Möglichkeiten beschnitten, eigene Steuern zu erheben, was – in der Borsersprache ausgedrückt – einen regelrechten Eins-zwei-Schlag bewirkt: nämlich sinkende Einnahmen bei steigendem Bedarf (Pew Charitable Trusts, 2012).

Im öffentlichen Diskurs der Vereinigten Staaten assoziiert man mit „Austerität“ in erster Linie die anhaltende Krise Europas, während der Begriff als solcher im eigenen Land seltener benutzt wird, obwohl die entsprechende Praxis dort inzwischen ebenfalls durchaus üblich und auch auf lokaler Ebene voll angekommen ist.<sup>1</sup> Zwar haben die politischen Eliten Amerikas, wie Paul Krugman (2012: 7) festgestellt, „sich die Doktrin nie voll zu eigen [gemacht]“, dennoch erlebte das Land nach dem Wall Street Crash „eine De-facto-Austeritätskur in Gestalt massiver Ausgaben- und Personalkürzungen auf einzelstaatlicher und kommunaler Ebene.“ Weniger der Begriff „Austerität“, wohl aber die Sache selbst ist in den Vereinigten Staaten inzwischen bis in die Fundamente durchgesickert. Nach unten durchgereichte Sparmaßnahmen haben ihren Anteil daran, dass die bis heute schwächelnde wirtschaftliche Erholung schon an ihren Quellen geschädigt wurde. Für Krugman besteht kaum Aussicht darauf, dass

der faktische Konsens über diesen Kurs sich in nächster Zeit ändern könnte. Zwar mögen jene, die Krugman „Austerianer“ tauft, „nicht mehr so sehr auf den Faktor Hoffnung setzen, doch setzen sie weiterhin auf den Faktor Angst – das heißt auf die Behauptung, ohne drastische Ausgabenkürzungen, selbst bei wirtschaftlicher Depression, werden wir wie Griechenland enden“ (Krugman, 2012a: 7; vgl. auch Crotty, 2012). Das läuft auf eine besonders dreiste Form der wohlerprobten neoliberalen Taktik hinaus, Krisendruck umzulenken und gegen den Staat selbst zu richten. „Bei dem Drängen auf Austeritätspolitik“, betont Krugman, „geht es in Wirklichkeit gar nicht um Schulden und Defizite; es geht darum, Defizitpanik zu schüren und als Vorwand zur Demontage von Sozialprogrammen zu nutzen [...]. Wirtschaftsbelebung war nie der Punkt. In Wahrheit zielt der Austeritätsdruck darauf, die Krise auszunutzen, nicht, sie zu lösen.“

Die vorliegende Untersuchung befasst sich mit einem um sich greifenden Phänomen, dem „austerity urbanism“, der finanziellen Austrocknung der Kommunen und ihrer Handlungsmöglichkeiten. Sie tut dies im Kontext der angedeuteten Entwicklung, die die Austeritätsverhältnisse in den Vereinigten Staaten, wo die Dezentralisierung politischer Verantwortung im Gefolge der Krise eine neue Welle nach unten delegierter Haushaltsdisziplinierung mit sich brachte, zur Alltagsnormalität werden lässt. Auf der Ebene der Einzelstaaten und der Kommunen, insbesondere in den Städten, sehen die Verwaltungen sich der ganzen Wucht austeritätsgemäßer „extremer Sparsamkeit“ ausgesetzt, die in manchen Fällen städtische Finanzkrisen erzeugt. Stadtpleiten in Kalifornien haben es in die Schlagzeilen geschafft, dahinter aber steckt ein tiefer reichendes Muster struktureller Ungleichgewichte zwischen schrumpfenden Einnahmen und fortgeltenden Verpflichtungen gegenüber öffentlich Beschäftigten und zur Erbringung öffentlicher Dienstleistungen. Die Einnahmen stammen hauptsächlich aus Grund-

<sup>1</sup> Adam Gopnik (2012: 18) bemerkt dazu trocken: „Für die amerikanische Rechte läuft alles, was in Europa falsch läuft, deshalb falsch, weil Europa auf dem falschen Weg ist, und nicht etwa aufgrund des Austeritätskurses, denn Austerität ist richtig.“

und Umsatzsteuern, zuzüglich intergouvernementaler Transfers, die sämtlich unter starkem Druck stehen. Was die Verpflichtungen betrifft, so werden diese jetzt einseitig neu bestimmt.

Sicher, die Lage ist durchaus nicht überall gleich, aber überall sieht man, wie Austeritätsdruck nach unten weitergegeben wird, mit zunehmender Evidenz auf der kommunalen Ebene im ganzen Lande. Darin zeigt sich der Beginn einer den kommunalen Sektor der Vereinigten Staaten insgesamt erfassenden Fiskalkrise, doch im weiteren Sinn handelt es sich auch deshalb um eine speziell *kommunale* Krise, weil die Städte besonders hart vom „housing slump“, der Immobilienkrise und der damit einhergehenden Welle von Hypothekenkündigungen und Pfändungen, getroffen wurden; weil Städte unverhältnismäßig stark von öffentlichen Dienstleistungen abhängig sind; und weil sie viele der bevorzugten Ziele von Austeritätsprogrammen beherbergen – „Sozialschmarotzer“ wie Arme, Minderheiten und marginalisierte Bevölkerungsgruppen; öffentliche Dienste und die zugehörigen Gewerkschaften; sowie schließlich „bürokratisierte“ Infrastrukturen. Es sind deshalb die Städte, wo Austerität besonders wehtut – allerdings nicht überall in gleichem Maße. Eine glückliche Minderheit der Städte, die Zugang zu den Anleihemärkten findet, hat begonnen, eigenständige Finanzarrangements zu entwickeln, unabhängig von Washington und der jeweiligen „Lan-

deshauptstadt“. Größer ist jedoch die Zahl der Städte, die schwer zu kämpfen haben und angesichts sinkender Einnahmen sowie oftmals struktureller Defizite versuchen, Personal und Dienstleistungen deutlich zu reduzieren – manche an der Schwelle der „fiscal receivership“ (also verzweifelter Sponsorsuche) oder eben der Zahlungsunfähigkeit. Zwischen diesen Extremen gibt es überall im Lande Stadtverwaltungen, die sich unter den Bedingungen ganz „gewöhnlicher Austerität“ gezwungen sehen, ihre Haushalte auszudünnen und zu „schlankeren“ Verwaltungspraktiken überzugehen. Das treibt sie in immer neue Innovationsrunden beim Outsourcen und Privatisieren.

Die folgende Untersuchung besteht aus drei Teilen. Zunächst rückt sie den jüngsten Stand der Austeritätsoffensive in den Kontext der bekannten neoliberalen Urbanisierungs- oder Kommunalisierungs- und Restrukturierungsstrategien. Sodann wendet sie sich den neuesten Erscheinungsformen des *austerity urbanism* in den Vereinigten Staaten zu, wo Städte sich infolge verminderter Einnahmen und des Entzugs von „Landes“- und Bundeshilfen gezwungen sehen, „extreme Maßnahmen“ zu ergreifen. Abschließend wird der Frage nachgegangen, ob die kommunale Austerität längere Zeit andauern wird oder nur temporär ist, nur eine Facette der anhaltenden neoliberalen Transformation, die die amerikanische Stadt durchmacht.

## **Extremes Sparen: Die Austeritätsphase des Neoliberalismus**

Austeritätsmaßnahmen gehören, fallweise ergriffen, schon lange zum neoliberalen Repertoire. Fiskalische Entschlackungskuren für den Staat (und ganz besonders den *Sozial*staat) lassen sich aus dem elementarsten neoliberalen Motiv herleiten – nämlich dem Staat (immer engere) Grenzen zu setzen. Die neoliberale

Ideologie erklärt die Reduzierung der Staatstätigkeit zur unerlässlichen Voraussetzung dafür, dass Privatwirtschaft, freie Märkte und individuelle Freiheit wieder erstarken können. Die unangenehme Wahrheit, dass das Verhältnis von Staat und Markt kein Nullsummenspiel ist, und die sperrige Tatsache, dass die Verdrän-

gung des Leviathan-Staates nicht automatisch mehr Freiheit bewirkt – beides erfuhren die neoliberalen Reformer erst in der politischen Praxis, nicht durch die klassische Theorie. Nichtsdestotrotz kommt man immer wieder auf die – sich über dieser Erfahrung hinwegsetzende – Strategie zurück, die öffentlichen Ausgaben zusammenzustreichen. Das heißt aber nicht, dass wir uns auf geradem Wege zu einem neuen Gleichgewicht, dem eines „schlanken Staates“, befinden. Die Kürzungen liefern eher einen Vorgeschmack auf politische Instabilität und institutionellen Niedergang, auf Krisenmanagement und Löcherstopfen auf Seiten gemeinnütziger oder kommerzieller Akteure, die in manchen Fällen schließlich de facto aufgeben. So entstehen ärgerliche Muster einer dialektischen Transformation, wie sie die institutionelle Dynamik der real ablaufenden Neoliberalisierung charakterisieren: Durch Deregulierungsschübe, Auflösung, Abbau und „Verschlankung“ drohen Marktversagen und eine Fülle externer Effekte, die angebliche Korrekturmaßnahmen in Form von Governance-Experimenten, marktfreundlicher Re-Regulierung, Behelfslösungen aller Art – mitsamt der eigenen Beschränkungen und Widersprüche – bewirken (vgl. Peck und Tickell, 2002; Brenner u.a., 2010; Peck u.a., 2013). Wenn es immer wieder zu Krisen kommt, Finanz- oder anderen Krisen, liegt das im Grunde natürlich daran, dass die aufeinander folgenden Wellen neoliberaler Reform keine nachhaltige wirtschaftliche, soziale oder ökologische Entwicklung zustande gebracht haben. Zugleich ist dieser Prozess aber untrennbar verknüpft mit tief sitzenden politischen Absichten, die auf die Herabsetzung des Staates und seiner Partner sowie darauf abzielen, die Tauglichkeit politischer Lösungen grundsätzlich in Zweifel zu ziehen. Regelmäßiges Staatsversagen wird dann, im Ergebnis dieser vorsätzlichen Vernachlässigung, geradezu *self-fulfilling* (vgl. Frank, 2008).

Ein neoliberales Regime bringt also regelmäßige finanzpolitische „Entschlackungskuren“ mit

sich (vgl. Peck u.a., 2010; McBride und Whitehead, 2011), schießt aber auch immer wieder über das Ziel hinaus, bewirkt Fehlschläge und Krisen. Bei der allerjüngsten Welle von Austeritätsmaßnahmen geht es um mehr als die bloße Neuauflage dessen, was in den 1980er Jahren geschah – um mehr als eine Art Retro-Reagonomics. Weil, was jetzt geschieht, „danach“ geschieht, haben wir es nicht mit einer Wiederholung zu tun, sondern mit einer selektiven Konsolidierung und Intensivierung sowohl der zugrunde liegenden Logik als auch ihrer (sich vertiefenden) Widersprüchlichkeit. Viele der Auswirkungen schaukeln sich gegenseitig hoch, politisch und sozial wie auch institutionell und fiskalisch. Anders als eine gelegentliche Fastenwoche haben die immer neuen finanziellen Abführkuren die staatliche Handlungsfähigkeit mit der Zeit kumulativ geschwächt. Das wirkt sich letzten Endes nicht allein auf jene Staatsfunktionen aus, die neoliberale Kritiker als „Fettansatz“ zu verunglimpfen pflegen, Wohlfahrtseinrichtungen, Sozialleistungen und Bürokratie beispielsweise. Es betrifft auch die elementaren Basisleistungen des Staates, die (selbst im Neoliberalismus) oft als unverzichtbar gelten, etwa Polizeiarbeit, Gefängniswesen und öffentliche Sicherheit. Austerität ist folglich kein bloß zyklisches Phänomen; langfristig geht sie mit zunehmender Handlungsunfähigkeit und institutioneller Auszehrung einher, mit der Gewöhnung an Niedrigsteuer-/Niedrigleistungs-Ungleichgewichte unterschiedlichster Art.

Loïc Wacquant meint, in ihrer amerikanischen Version sei die Neoliberalisierung unausweichlich (ja sogar notwendigerweise) mit einer säkularen Ausweitung des strafenden Staates, eines Law-and-Order-Regimes, verbunden (Wacquant, 2012; Peck und Theodore, 2012). Es gibt aber Anzeichen dafür, dass die jüngste Austeritätsoffensive droht, sogar einige dieser „rechtshändigen“ Staatsfunktionen auszuhöhlen. Hinzu kommt, dass in föderalen Systemen wie den Vereinigten Staaten viele dieser Funk-

tionen in einzelstaatliche oder lokale Verantwortung fallen – und erst recht viele der „linkshändigen“, sozialstaatlichen Aufgaben, die seit langem unter neoliberalerem Feuer liegen. Das bedeutet, dass der Preis der Austeritätsmaßnahmen vor allem auf den subnationalen Ebenen der Staatstätigkeit zu entrichten ist, die denn auch zu Experimentierfeldern krisenbedingter Leistungskürzungen und zu Brennpunkten der toxischen Schrumpfungspolitik gegenüber Staatsfinanzen und -aufgaben gemacht worden sind. Doch auf dieser Ebene stößt das neoliberale Verfahren, die Lasten auf immer schwächere Schultern abzuladen, an seine Grenzen. So erklärt sich das seltsame Schauspiel, dass in Amerika Law-and-order-Republikaner sich für Programme vorzeitiger Haftentlassung einsetzen, weil die staatlichen Gefängnisse überfüllt und finanziell überfordert sind. Es erklärt auch, warum Kommunen ihre Polizeidienste einschränken – aus Haushaltsgründen.<sup>2</sup>

Auch wenn weithin anerkannt wird, dass die Ursachen der Finanzkrise von 2008-2009 wenig oder nichts mit staatlicher Verschwendungssucht zu tun haben (vgl. Crotty, 2011; Callinicos, 2012), werden ihre Folgen dennoch so verhandelt, als rührten die Probleme aus einer tief sitzenden *Finanzierungskrise des Staates* her. Das geschieht im Dienste just jener neoliberalen Interessen, die primär für die Krise verantwortlich sind. Und da die Alternativen zu fiskalischen Chirurgenkünsten unter diesen Umständen sehr schnell erschöpft sind, lassen sich Vorstöße in Richtung „schlanker“ Staat bald als fast unvermeidlich darstellen. Hier zeigt sich deutlich, wie der Neoliberalismus als ideologischer Orientierungsrahmen fungiert, nämlich indem er letztlich den Handlungsspielraum absteckt, innerhalb dessen zeitgemäße Heilmittel gesucht werden dürfen.

2 Zum Thema Haftanstalten vgl. Steinhauer (2009) und Dayev (2010); zur Einschränkung von Polizeidiensten und anderen Leistungen vgl. Cooper (2010, 2011a, 2011b), McKinley und Wollan (2010) sowie Lowenstein (2011).

Da die Austeritätskosten für gewöhnlich externalisiert und weiter unten, von den Bundesstaaten abwärts bis zu den Kommunen, abgeladen werden, steigen die Aussichten auf (lokales) Staatsversagen tatsächlich. In einer fiskalisch angespannten und steuerfeindlichen Zeit stärkt das Gespenst des Staatsbankrotts paradoxerweise den Trend, noch drastischere Sparmaßnahmen zu ergreifen, was die Annahme nahelegt, dass hier eine systemische (oder vielleicht sogar strukturelle) Logik ins Spiel kommt. Die Situation ist zu instabil, um als *new order* etikettiert werden zu können. Der Begriff „Austerität“ definiert eher die herrschende Restrukturierungspolitik, als dass er einen haltbaren Endzustand angeben könnte. So gesehen erscheint ein geordneter Übergang zum „schlanken“ Staat auf lokaler Ebene weniger wahrscheinlich als eine Zukunft, in der Krisenmanagement und politische Instabilität herrschen.

Aus einer Vielzahl von Gründen dürfte der Nexus zwischen durchgreifender Neoliberalisierung und permanenter Austerität besonders die Städte bedrohen. Die neoliberale Übung, Krisendruck auf den Staat umzulenken, weckt in diesem Zusammenhang die Sorge, dass Selbstdisziplin zu Selbstverstümmelung oder Selbstzerstörung verkommt. Dass der Druck nach unten weitergegeben wird, führt zu einer regressiven Form politischer Abstufungen, bei der die Städte auf der untersten und besonders massiv betroffenen Stufe stehen. Dieser Eskalationsprozess, der als Urbanisierung oder Kommunalisierung der neoliberalen Austeritätsoffensive verstanden werden könnte, weist vor allem folgende Aspekte auf:

⇒ *Destruktive Kreativität*: Austeritätsverhältnisse wirken in dem fortschreitenden Prozess schöpferischer Zerstörung, den der Neoliberalismus betreibt, als Verstärker des destruktiven Moments. Der Weg der Neoliberalisierung führt, historisch betrachtet, über eine Reihe gezielter Attacken



auf jene Formen staatlicher und gesellschaftlicher Regulierung, die, wie etwa ein gewerkschaftlich organisierter öffentlicher Sektor, Wohlfahrtsprogramme und kollektive Dienstleistungen, für unvereinbar mit marktwirtschaftlichem Fortschritt erklärt werden. Dieses Rollback bewirkt aber nicht etwa (wie die neoliberale Ideologie uns glauben machen möchte) die Herausbildung deregulierter oder freier Märkte, sondern neue Runden staatlichen und gesellschaftlichen Handelns, diesmal nach neoliberalen Muster (von privater Vorsorge bis zu politischem Voluntarismus und *restrained governance*). Die gegenwärtige Runde neuer Austeritätsmaßnahmen unterscheidet sich allerdings insofern qualitativ von den Sozialstaatseinschränkungen der 1980er Jahre, als sie in einer bereits neoliberalisierten Institutionenlandschaft operieren und dort neu ansetzen kann. Die Überreste des Sozialstaats und seiner Umverteilungsfunktion (also der in den 1980er Jahren angegriffenen Bastionen) fallen noch tieferen Einschnitten zum Opfer, während gleichzeitig viele der in den Anfängen der Neoliberalisierung (im Geiste der Vorstellungen vom „Dritten Weg“) entstandenen institutionellen Ersatz- und Anpassungsregelungen ebenfalls eingeschränkt werden. Der ursprüngliche Neoliberalismus erlebt jetzt sein eigenes *Rollback*.

⇒ *Defizitpolitik*: Ein austeritätsorientiertes makro-fiskalisches Umfeld begünstigt neoliberale Lösungen. Diese wiederum werden durch negative Haushaltsszenarien, die weit über elektorale Zeithorizonte hinausreichen, regelrecht zementiert. Indem sie die Optionen möglicher Gegenspieler (besonders solcher, die staatliche Investitionen, progressive Umverteilung oder Ausgaben für Verbesserungsmaßnahmen fordern) präemptiv einschränkt, erweist sich Defizitpolitik als neoliberales Terrain. Langfristige staatliche Defizite bereiten „Starve the Beast“-Taktiken den

Boden, um die anschauliche Formulierung David Stockmans, Ronald Reagans Budgetdirektor, aufzugreifen: „Die Bestie aushungern!“ Sie erzeugen nämlich haushaltspolitischen Druck nach unten, der zudem als Sachzwang erscheint. In einem Klimasystemischer Sparzwänge und Steuersenkungen geraten differenzierte Budgetentscheidungen und selbstbestimmte Haushaltspolitik alsbald unter existenziellen – politisch forcierten – Druck. Besonders gefährdet sind unter solchen Bedingungen Ausgabenbereiche, die nicht von mächtigen Interessengruppen oder großen Wählerblöcken verteidigt werden, was zwangsläufig die für Arme und Marginalisierte bestimmten Programme ins Visier rückt. Die Bedrohung reicht allerdings bis ins Terrain der Mittelschichten hinein (etwa im Hinblick auf Schulverhältnisse und Gemeinschaftseinrichtungen), wo immer Kosten ausgelagert und Dienstleistungen schrittweise privatisiert werden können.

⇒ *Risikoabwälzung*: Die neoliberale Neigung, Lasten abzuwälzen, indem Verantwortlichkeiten und Zwänge nach unten durchgereicht werden, nimmt in einer Austeritätswelt immer radikalere und rückschrittlichere Formen an. Sowohl Haushaltskürzungen als auch die Verantwortung, mit ihnen fertig zu werden, werden lokalen Behörden, Akteuren und Einrichtungen aufgebürdet, also ebenjenen, deren Möglichkeiten, sie zu bewältigen, sofern überhaupt gegeben, bestenfalls ungleichmäßig verteilt sind. Fiskalische Zwänge stärken die hierarchische Macht der Budgetchefs und Buchprüfer, wodurch es auf den nachgeordneten Ebenen zu wertfreiem Zweckdenken, Unternehmerrhetik und ruppigen Managementmethoden kommt. Der langfristige Abbau von Finanztransfers, Ausgleichsmaßnahmen und redistributiven ebenso wie kreditfinanzierten Programmen bedeutet, dass es auf lokaler Ebene kaum noch Optionen gibt, abgesehen vom

(Krisen-)Management in Haushaltskrisen. Selbst Orte, denen das Schlimmste erspart blieb, als der Wohnungsmarkt kollabierte und die Rezession ausbrach, erleiden mittelbar das gleiche Schicksal wie weniger gut davongekommene. Auch sie trifft die Kaskade der Kürzungen, die von Washington und den „Landeshauptstädten“ aus über Städte und Gemeinden hereinbricht. Viele werden doppelt leiden: Zuerst kommt der wirtschaftliche Niedergang bei ihnen an, dann kommen die Haushaltskürzungen.

### **Was das „1%“ den Städten zumutet**

Wichtig ist vor allem die Erkenntnis, dass der Sparzwang eine relationale Strategie ist: Austerität besteht eben letztlich in der Abwälzung von Kosten und Verantwortlichkeiten. Es dreht sich darum, *andere* den Preis der Fiskaldemontage zahlen zu lassen. In der Sprache der Occupy-Bewegung ausgedrückt handelt es sich um etwas, was das *eine Prozent* derer, die fortfahren, in alarmierendem Maße Reichtum und Macht zu akkumulieren, den „restlichen“ 99 Prozent der Bevölkerung *antut*. Noch anders gesagt: Washington tut es den Bundesstaaten an, diese den Städten und die wiederum den Stadtvierteln der Geringverdiener. Dies ist der rote Faden, der die Austerität Washingtons, der Großen Politik mit ihren Budget-Hütchenspielen und dem Theater um Defizit-Obergrenzen, mit der Alltags-Austerität auf den Straßen der Städte verbindet, wo die Streichungen öffentlicher Dienstleistungen, Arbeitsplatzverlust und erhöhte soziale Unsicherheit im täglichen Leben spürbar werden, an den Arbeitsplätzen, in den Haushalten und im öffentlichen Raum. Das Versprechen, die Wohltaten des Wirtschaftswachstums würden auch zu den Unteren durchsickern, wurde nie eingelöst. Was aber, unübersehbar, tatsächlich durchsickert, sind die Kosten des wirtschaftlichen Niedergangs und der Budgetauszehrung. So verstanden ist Austerität das Mittel, durch das sich die Kosten makroökonomischer Miss-

wirtschaft, der Finanzspekulation und unternehmerischer Profitmacherei auf die Enterbten, die Entrechteten und Entmachteten abwälzen lassen. In diesem Prozess bildet sich ein Austeritätsföderalismus in den Vereinigten Staaten heraus, verbunden mit einer neuen Handlungsmatrix der Kommunalpolitik.

Dieser Druck wird, in seinen vielfältigen Formen, keineswegs überall gleich spürbar, erst recht nicht in hochgradig dezentralisierten Systemen wie dem amerikanischen (vgl. Cox, 2009; Lobao und Adua, 2011). Hier ist der Sparzwang eine altvertraute Alltagsrealität auf allen politischen Ebenen und besonders unterhalb der nationalen (Clavel u.a., 1980; Clark und Walter, 1991; Pierson, 1998; Pollin, 2003; Peck, 2011). Doch dessen ungeachtet haben die seit den 1970er Jahren aufeinander folgenden, eskalierenden Neoliberalisierungsprozesse den kommunalpolitischen Raum ganz erheblich verändert. Lobao und Adua beispielsweise kommen in ihrer empirischen Studie über subnationale Politikmöglichkeiten unter Austeritätsbedingungen zu folgendem Schluss:

*Die Regionalisierung der Welfare-Reformen, die zunehmende Ausnutzung der Städtekonkurrenz bei der Mittelvergabe sowie die Abhängigkeit von unabhängigem Fundraising, wenn es darum geht, Gewerbebetriebe anzulocken – dies alles wirkt sich besonders auf die Landkreise [counties] ganz massiv aus. Unter diesen Bedingungen hängt es – über die effektive Formulierung und Umsetzung von Programmen und Strategien hinaus – entscheidend von der institutionellen Leistungsfähigkeit lokaler Verwaltungen [...] ab, ob ein Ort oder Bezirk überhaupt eine Chance hat, sich externe Zuschüsse zu sichern. In Zukunft werden wirtschaftliche Flaute wahrscheinlich u.a. verstärkte Abstufungen zwischen den Kommunen bewirken, auch innerhalb ein und desselben Staates oder Gebiets, was wiederum Bevölkerungsumschichtungen zu solchen Orten hin auslösen dürfte, die hohe Leistungsfähigkeit, erfahrene Verwaltungen und einen wirksamen Schutz der öffentlichen Wohlfahrt zu bieten haben – zu Lasten der weniger attraktiven. [...] Die Ergebnisse unserer Untersuchung legen die Vermutung nahe, dass es zuerst die leistungsfähigeren Gebietskörperschaften sind – also die größte-*

*ren, die professioneller arbeiten und auch höhere gewerkschaftliche Organisationsgrade aufweisen –, denen der Austeritätskurs zu schaffen macht. Gerade sie nimmt die Rechte, die den Einfluss organisierter öffentlicher Bediensteter zurückdrängen möchte, bevorzugt unter Feuer: Sie trieben es, so der Vorwurf, in Sachen sozialer Sicherung einfach zu weit. (2011: 433).*

Bemerkenswerterweise ist es die Periode unmittelbar vor dem Wallstreet-Crash von 2008, die Lobaos und Aduas aufwendige Studie erhellt (sie erfasst mehr als 1000 Kommunal- und Kreisverwaltungen). Was die Verfasser für den Zeitraum 2001-2008 herausgefunden haben, deutet darauf hin, dass der Druck, Haushalte und Leistungen zu kürzen, sich schon damals ziemlich breitflächig auswirkte und dass viele Kommunen und Kreise bereits seit einiger Zeit mit einem (Un-)Gleichgewicht aus niedrigen Steuereinnahmen, Kapazitäten und Dienstleistungen als Normalzustand hatten zurechtkommen müssen. Bei den größeren und professioneller arbeitenden Gebietskörperschaften, die auch einen höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufweisen, war, wie sich zeigte, die Wahrscheinlichkeit größer, dass sie Leistungen gekürzt, die Bezüge öffentlicher Bediensteter eingefroren und Outsourcing- oder Privatisierungsanstrengungen unternommen hatten. Zum Verkauf öffentlicher Vermögensbestände war es mit besonderer Wahrscheinlichkeit in solchen Counties gekommen, deren Steueraufkommen abnahm und/oder die einen beträchtlichen afroamerikanischen Bevölkerungsanteil haben (Lobao und Adua, 2011). Dies waren die Bedingungen, unter denen Amerikas Städte bereits zu leiden hatten, bevor die Große Rezession über sie kam.

Die Auswirkungen der neoliberalen Austeritätsmaßnahmen werden folglich zwar überall, aber nicht überall gleich spürbar. Sie werden vielmehr weiterhin politisch und institutionell vermittelt. Im amerikanischen Sonnengürtel haben einige Gemeinden und Kreise schon längst den schlanken Staat praktiziert. Andere

konnten, begünstigt durch relativ gesicherte Steueraufkommen und lokal vergleichsweise milde Rezessionserscheinungen, die Stellung halten. Doch viele Großstadtverwaltungen – die für gewöhnlich größere Budgets, stärker gewerkschaftlich organisiertes Personal sowie ein höheres Niveau der institutionellen Ausstattung haben und in der Regel von der Demokratischen Partei regiert werden – sind unter massiven (Haushalts-)Druck geraten, der sie zwingt, trotz zunehmenden Bedarfs ihre Leistungen und Sozialstandards zu verringern und zu rationalisieren. Wie unterschiedlich die Verhältnisse auch sein mögen, Steuern geraten überall unter Druck. In manchen Fällen liegt das an neoliberaler Tugendhaftigkeit und der Einstellung konservativer Wählergruppen, in anderen aber an ökonomischen Zwängen (unter der – oft ideologisch aufgebauchten – Bedrohung durch Kapital- oder Fachkräfteabwanderung. Vor diesem Hintergrund allgemeiner Haushaltsdisziplinierung und Steuerfeindlichkeit bleibt die Option, expansiver zu wirtschaften oder Investoren anzuziehen, auf eine glückliche, von den (Markt-)Verhältnissen begünstigte Minderheit der Städte beschränkt. Diese Städte finden zu relativ günstigen Bedingungen Zugang zu den Anleihemärkten und können projektbezogene Staatszuschüsse mobilisieren, wobei weniger der Sozialbedarf als die Suche nach Einnahmequellen und Profitancen im Vordergrund steht. Die Abwälzung der Austeritätszwänge nach unten bewirkt eine tiefe Spaltung zwischen den Städten, die einigermaßen zurechtkommen, und jenen, die keine andere Wahl haben, als ihre Verwaltung zu verkleinern und öffentliche Dienstleistungen abzubauen. So wird der Sparzwang abwärts verstärkt: Selbst die Ratingagentur Moody's konstatiert, dass die amerikanischen Bundesstaaten „ihre Probleme zunehmend auf ihre Gemeinden abwälzen.“ (Zitiert in Cooper, 2011b: A20).

Dass Gemeinden Bankrott gingen, passierte früher eher selten, ist aber im Gefolge der Gro-

ßen Rezession schon fast alltäglich geworden. Seit 2007 haben über 60 Kommunen *bankruptcy protection*, also Schutz vor ihren Gläubigern, beantragen müssen, veranlasst durch massive, jahrelang anhaltende Rückgänge des Gemeindesteueraufkommens (besonders der Grundsteuer) sowie staatlicher Transfers. Einige hundert weitere Städte dürften am Rande der Zahlungsunfähigkeit stehen (vgl. Lowenstein, 2011; Walsh, 2012). Die erste Gemeinde, die nach dem Crash 2008 Konkurs anmelden musste, war Vallejo/Kalifornien, gefolgt 2011 von Harrisburg/Pennsylvania und Jefferson County in Alabama (dort mit einem neuen Schuldenrekord von 4,2 Mrd. Dollar). 2012 schlossen die kalifornischen Städte San Bernardino und Stockton sich an. Stockton blieb bis 2013 der größte Bankrotteur, doch dann setzte 2013 Detroit neue Maßstäbe, was Ausmaß, Tiefe und öffentliche Resonanz seiner Finanzprobleme anging. Hier koinzidierte ein Steuerkollaps mit langfristigen Verbindlichkeiten von bis zu 18 Mrd. Dollar.

Ohne die Schwierigkeiten vieler ländlicher Gemeinden zu leugnen, für die eine milde Dauerkrise in mancher Hinsicht schon fast als normal gilt, ist doch festzustellen, dass besonders die Städte sich mit singulären Herausforderun-

gen konfrontiert sehen, sowohl der Art wie der Größenordnung nach. In den Städten findet, nachdem zunächst die Einzelstaaten die Schrumpfung der Bundesfinanzen zu spüren bekamen, die eigentliche Abrechnung über einen Prozess statt, der zu einer nach unten abgewälzten fiskalischen Dauerkrise geworden ist. Aus mehreren Gründen sind gerade die Städte zu Opfern der Austeritätspolitik geworden. In ihnen konzentrieren sich (Sozialhilfe-) Bedarf und ökonomische Marginalisierung. Sie hängen besonders stark von öffentlichen Dienstleistungen wie von öffentlich Bediensteten ab. Es sind die Städte, wo das große Geld – und die entsprechenden Kreise – residieren. In der Folge finden dort regelmäßig Vorstöße zu immer schärferen neoliberalen Refomen statt, von denen viele – aus politischen ebenso sehr wie aus fiskalischen Gründen – große Bürokratien und sowohl die Gewerkschaften als auch die Pensionsfonds der Kommunalbediensteten ins Visier nehmen. Darüber hinaus stehen die Städte, räumlich gesehen, auf der untersten der Stufen, auf denen die Bilanzen – theoretisch – wieder ins Lot gebracht werden könnten, nachdem dies in Washington und in den „Landeshauptstädten“ so offenkundig versäumt wurde.

## **Wenn die Lichter ausgehen: Städte unter Austeritätsdruck**

Die Kleinstadt Highland Park im Bundesstaat Michigan hat einen Platz in den Geschichtsbüchern, denn hier erprobte Henry Ford 1909 erstmals das Fließband. In den mittleren Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erlangte die Stadt, als Standort der expandierenden Autoproduktion Detroits, eine Art proletarischen Wohlstands. Später jedoch, mit der Abwanderung der Fabriken, verfiel sie strukturellem Niedergang (Sugrue, 2005; Steinmetz, 2009). Heute sind in Highland Park, nach dem Verlust von über drei Vierteln seiner Einwohner, Wirt-

schaft und Steueraufkommen gleichermaßen kollabiert. 42 Prozent der verbliebenen Einwohner leben unterhalb der Armutsgrenze, während die bedrängte Stadtverwaltung sich – nachdem alle vernünftigen Einsparmöglichkeiten erschöpft waren – genötigt sah, in einem Schuldenerlass-Deal mit der örtlichen Elektrizitätsgesellschaft auf die meisten der noch vorhandenen Straßenlaternen zu verzichten (Davey, 2011). Was ein Stadtratsmitglied als „verantwortbare Einschränkung“ kommunaler Leistungen bezeichnete, beinhaltet die dauer-

hafte Entfernung von 1300 Straßenlaternen. Nur einige hundert Laternen verbleiben an „strategischen Punkten.“ Der Bürgermeister rät den Einwohnern, ihre Haustürbeleuchtung einzuschalten.

## **Der Fall Detroit**

Obwohl in Michigan die Wirtschaft insgesamt – mit der finanziell geretteten, strukturell angepassten und verkleinerten Autoindustrie an der Spitze – allmählich wieder wächst, stecken viele Städte dieses Bundesstaats weiter in einer Langzeitkrise. Detroit ist eine von elf Städten in Michigan, über die die (republikanisch beherrschte) Staatsregierung den finanziellen Notstand verhängt hat (wie auch über das Schulwesen in weiteren fünf Gemeinden). Im März 2013 bestellte Michigans Gouverneur einen „Notstandsverwalter“. Solche „Staatskommissare“ haben weitreichende Befugnisse zur Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes, von Planungsprozeduren und Versorgungssystemen, wobei sie bestehende Verträge mit Dienstleistern und Gewerkschaften einfach aussetzen. Dieses Vorgehen unterläuft nicht nur reguläre Entscheidungsprozesse, es untergräbt die kommunale Demokratie als solche (Nichols, 2014).

Die Aufgaben des Notstandsverwalters für die Stadt Detroit, Kevyn Orr, hat man folgendermaßen aufgelistet: Er fungiere als „Stadtplaner, Zahlenzauberer, Stadtsprecher, Unterhändler, Politiker, Good Cop und Bad Cop“ (Davey und Vlastic, 2013: A1). Notstandsverwaltung geht über Haushaltsausgleich weit hinaus. Es handelt sich darum, die Stadt anders zu regieren oder gar eine andere Stadt zu schaffen. Als selbst ernannter „Sanierungsprofi“ (der durchaus nicht als „zoon politikon“ verstanden werden will) erhob Orr den Anspruch, er regiere die Stadt im Sinne einer „Vernunft Herrschaft“ (zit. in Vlastic und Yaccino, 2013: A17). Folgerichtig unterwirft er die irdische Sphäre der Poli-

tik der unerbittlichen Logik der Finanzen. Dies impliziert, dass Detroit vor der Zeit der Notstandsverwaltung eine Stätte der Unvernunft, eine politisierte Stadt gewesen sei, scharf abzusetzen von der finanziell zur Vernunft gebrachten Stadt Orrs. Der suspendiert ganz einfach die politische Normalität. Hier zeichnet sich eine Zukunft ab, in der die soziale und politische Ordnung aus der Finanzordnung hervorgeht – und an deren Ende vielleicht die, dann sauer verdiente, Wiederherstellung der Selbstverwaltung winkt.

Orrs erste wesentliche Amtshandlung als Detroit's Notstandsverwalter bestand darin, ein Angebot an die Gläubiger der Stadt auszuarbeiten – theoretisch ein Mittel zur Insolvenzvermeidung, praktisch jedoch nur das Vorspiel zum Bankrott. Diese erste (seither stark revidierte) Finanzplan-Version las sich wie eine endlose Litanei struktureller Probleme. Sie lieferte das Bild eines ruinierten Ortes, dessen Verwaltungssystem bereits bis an die Grenze der Handlungsunfähigkeit zusammengeschrumpft war: Obwohl man die laufenden Kosten der Gemeinde drastisch reduziert hatte (durch Personal- und Lohnkürzungen sowie Zwangsbeurlaubungen), schrumpften die Einnahmen immer noch schneller als die Ausgaben. Das aber würde, während die angesammelten Defizite geradezu explodierten, voraussichtlich so weitergehen und „angesichts starken wirtschaftlichen Gegenwinds“ die Schuldenlast bis zum Haushaltsjahr 2017 möglicherweise vervierfachen (City of Detroit, 2013: 6, 37). Technisch zahlungsunfähig, hatte die Stadt Kapitalaufwendungen und Beiträge für ihre (unterkapitalisierten) Pensionsfonds ausgesetzt; zwei Drittel ihrer Parkanlagen waren geschlossen worden; an die 78 000 Häuser im Stadtbereich galten als aufgegeben, die Hälfte davon baufällig, während weitere 66 000 Gebäude entweder leer standen oder als unbewohnbar beurteilt wurden. Bei der Feuerwehr fehlte es an Standardausrüstung; der Streifenwagen-Bestand der Polizei sei, so hieß es, „völlig überaltert“ und



schlecht erhalten; kaum ein Drittel der Krankenwagen sei betriebsbereit, während andere Fahrzeuge des medizinischen Notdienstes über 250 000 Meilen auf schlaglöchrigen Straßen hinter sich gebracht hatten und „regelmäßig Pannen erlitten“ (City of Detroit, 2013, 12-14). Neben der Verkleinerung der Stadtverwaltung sah Orrs Plan bescheidene Neuausgaben für lebenswichtige Zwecke vor (für Rettungsdienste, Sanierungsmaßnahmen, IT-Modernisierung und dringliche Erhaltungsarbeiten am maroden Elektrizitäts- und Kanalisationssystem). Die Gläubiger der Stadt waren jedoch, wie sich herausstellte, nicht bereit, die erforderlichen „haircuts“ in der Größenordnung von 20 Cents pro Dollar hinzunehmen. Damit war der Plan gescheitert, und im Folgemonat, im Juli 2013, musste Orr „bankruptcy protection“ beantragen. Doch es sollte noch schlimmer kommen.

Bei einer langwierigen Anhörung zur Klärung der Frage, ob die Stadt berechtigt sei, diesen Insolvenz-„Schutz“ in Anspruch zu nehmen, wurde Orr später von Richter Steve W. Rhodes vorgeworfen, er habe es versäumt, mit den Gläubigern der Stadt nach Treu und Glauben zu verhandeln. Allerdings gestand man ihm zu, dass es bei rund 100 000 Verfahrensbeteiligten praktisch unmöglich gewesen wäre, allen gleichermaßen gerecht zu werden. Orr wurde auch wiederholt beschuldigt, den Markt für Gemeindefinanzen verdorben zu haben. Detroit's Krisenverhalten habe die Kreditkosten anderswo in Michigan und in manchen Fällen über die Staatsgrenzen hinaus in die Höhe getrieben. (Nolan, 2013). Während ich dies schreibe, steht Detroit noch immer unter Insolvenz-„Schutz“. Extreme Maßnahmen wie etwa die Sperrung der Wasseranschlüsse für Zehntausende von Detroitern aufgrund von Zahlungsrückständen haben international Aufsehen erregt. Zwar ist derzeit noch unbekannt, wie die „Neuausrichtung“ der Stadt – so die durchaus angemessene Überschrift des Sanierungsplans – genau aussehen wird, doch dürfte eines sicher sein: Es wird neue Runden von Privatisierungen, Verkäufen

städtischer Vermögenswerte und Personalabbau im öffentlichen Dienst geben, einhergehend mit der Erosion der Arbeitnehmerrechte.

Mittlerweile sind überall in der Stadt allmählich die Lichter ausgegangen. Schätzungen besagen, dass jetzt 40 Prozent von Detroit im Dunkeln liegen. In einem Kommentar der „Detroit News“ heißt es dazu:

*Die Dunkelheit ist eines der sichtbarsten und bedrückendsten Anzeichen dafür, dass Detroit's verarmte Stadtverwaltung Mühe hat, ihrer schwindenden Einwohnerschaft auch nur die elementarsten Dienste zu gewährleisten [...]. Vertreter der Stadt, Bürgeraktivisten und Fachleute der Versorgungseinrichtungen sind sich über eines im Klaren: dass die Entscheidung, die Anzahl der Straßenlaternen zu verringern oder ihre Standorte zu verändern, zugleich eine Entscheidung über die künftige Größe und Gestalt Detroit's und unterschiedlicher Stadtviertel ist. Wenn es in einem Teil der Stadt auf Dauer dunkel wird, dürfte der kaum je wieder zu sich kommen.<sup>3</sup>*

## **Austerität wird politisch erzwungen**

Detroit's Probleme mögen extrem erscheinen, aber einmalig sind sie nicht. Auch in Kalifornien, Illinois, Wisconsin, Minnesota, Oregon und anderswo gibt es Städte, die Straßenlaternen abschalten mussten. Diese krasse Anwendungsform der Austeritätslogik findet selten Beifall, doch stößt sie offenbar häufiger auf übellaunige Resignation als auf durchdachten Widerstand. Zweifellos bestätigt sie die Auffassung, dass Austerität ein *politisch erzwungener* Modus ist. Es gibt allerdings auch Fälle, in denen derlei Austerität auf Straßenniveau dem

<sup>3</sup> K. Cheyfitz, „Returning light to Detroit,“ in: „Detroit News“, 12. 4. 2012. – Ganz abgesehen von den zerstörerischen Konsequenzen vor Ort eröffnet dieser Hinweis die unerfreuliche Aussicht, dass Detroit auch in einer anderen Liga absteigt, nämlich bei der jüngst bekanntgewordenen Einstufung der Städte nach dem Kriterium „light-based regional product“. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Gemeinde wird hierbei auf der Grundlage von durch Satelliten ermittelten Lichtemissionen berechnet (vgl. Florida u.a., 2012).

Volkswillen entspricht. So hat sich beispielsweise die relativ wohlhabende, aber ideologisch steuerfeindliche Stadt Colorado Springs einer *Brown-out*-Strategie verschrieben (das heißt einer Spannungsabsenkung oder Abschaltung, im Fall Colorado Springs mit der Option, dass Einwohner sich freiwillig zusammenschließen, um gemeinsam für einen straßenweisen Wiederanschluss ans Stromnetz aufzukommen). Das Ganze ist Bestandteil eines Selbstversuchs mit kommunalem Minimalismus.

Schon seit einiger Zeit genießt Colorado Springs den Ruf der „Hauptstadt und Schaubühne der Christlichen Rechten Amerikas“ (Cooper, 1995: 9). Tatsächlich konzentrieren sich dort die Hauptquartiere rechts-religiöser Organisationen in einer Dichte, die der Stadt in manchen Kreisen sogar den Spitznamen „evangelikaler Vatikan“ verschafft hat. Ihre Wurzeln hat diese postindustrielle Sonderentwicklung in den späten 1980er Jahren. Um seine zuvor von militärischen Einrichtungen abhängige ökonomische Basis in Zeiten des abklingenden Kalten Krieges zu diversifizieren, bemühte Colorado Springs sich ziemlich erfolgreich darum, New-Economy-Unternehmen aus dem „Knowledge Sector“, aus High-tech-Branchen und Wissensverarbeitung, in die Stadt zu locken. Gleichzeitig beschloss man eine Reihe von Steuervergünstigungen für religiöse Organisationen. Wie von unsichtbarer Hand geführt zog daraufhin 1991 „Focus on the Family“, ein Gigant im Lager des christlichen Konservatismus, nach Colorado Springs, wo seine 1200 Angestellten jetzt einen großen Campus bevölkern. Etwa zur gleichen Zeit beschloss die Stadt eine bahnbrechende „Grundrechtecharta für Steuerzahler“ mit dem Kürzel TAVOR (taxpayers bill of rights), Vorgriff auf einen Verfassungszusatz, der seit 1992 für ganz Colorado gilt und den Spielraum für Steuererhöhungen dauerhaft einschränken soll (vgl. Johnson und McMaken, 2004; Stanley, 2009). TAVOR wird jetzt in allen Gebietskörperschaften Colorados praktiziert und steht dort für einen unerbittlichen Verkleinerungsdruck auf

den öffentlichen Dienst. Selbst wohlmeinende Beobachter finden, dass der so „erreichte Abbau [von Verwaltungskapazitäten] weit über eine schlichte konservative Fiskalagenda hinausgeht“, weil er die kommunale Entscheidungsfreiheit einengt und das Wirtschaftswachstum untergräbt (Hoffman und Hogan, 2005: 16; Stanley, 2009). Seit TAVOR sind in Colorado Springs die Grundsteuern um 41 Prozent gesunken. Heute zählen sie zu den niedrigsten im ganzen Land (mit jährlich rund 55 Dollar pro Kopf), was die radikal geschrumpfte Stadtverwaltung fast völlig abhängig macht von immer spärlicher fließenden Umsatzsteuereinnahmen (Patton, 2010). Als diese während der letzten Rezession plötzlich fast völlig versiegt wurden unverzüglich Parkanlagen geschlossen, öffentliche Waschräume gesperrt und Straßenbankette nicht mehr gemäht. Das verbleibende 1600-köpfige Personal der Stadt erfüllt zu zwei Dritteln Aufgaben der öffentlichen Sicherheit, der Polizei oder Feuerwehr, so dass dieses kühne Experiment einer *Do-it-yourself*-Verwaltung das neoliberale Ideal vom Nachtwächterstaat nahezu verwirklicht hat.

Colorado Springs' libertärer Genius loci bildet allerdings eher die etwas kuriose Ausnahme vom üblichen Muster neoliberaler Herrschaft. Viel häufiger finden sich Verhältnisse, unter denen kommunale Austerität erzwungen und nicht per Wählerentscheidung eingeführt wird, als Ergebnis der Haushaltskürzungen, die von höheren Verwaltungsebenen durchgereicht wurden, der Einschränkung staatlicher Transferleistungen sowie der kumulativen Auswirkungen ökonomischen Niedergangs und sinkender Steuereinnahmen vor Ort. Doch was als eine Art Naturzustand erscheinen könnte – bewirkt durch quasi automatische Steuerensenkungen –, bleibt natürlich ein höchst politischer Prozess. Besonders frisch gewählte republikanische Gouverneure haben den aufgrund von Austeritätswängen betriebenen (oder jedenfalls durch sie legitimierten) Abbau des öffentlichen Sektors zu einer Art

Selbstzweck stilisiert. So verfolgt etwa Wisconsin republikanischer Gouverneur Scott Walker ein unbefristetes Haushaltskürzungsprogramm, das sowohl für die Staats- wie für die kommunale Ebene gilt und klar darauf abzielt, über den Haushaltsausgleich hinaus die Rolle (und eben Größenordnung) öffentlicher Verwaltung fundamental neu zu bestimmen. Scotts Programm beinhaltet eine Reform des Bildungswesens und die Deregulierung des Arbeitsmarktes; umfassende Privatisierungsvorhaben; den Abbau von Pensionsansprüchen, Equal-pay-Gesetzen und Kollektivverhandlungs-Rechten; sowie einen wahren Kraftakt gegen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, deren Macht gebrochen werden soll. Dies alles hat den Staat Wisconsin in ein exemplarisches Schlachtfeld sowohl der Austeritätsverfechter als auch ihrer Gegner verwandelt.<sup>4</sup> So geriet ein Wahlkampf um die Ab- oder Nicht-Abberufung des Gouverneurs im Juni 2012 zum Brennpunkt einer ganz Amerika erfassenden Auseinandersetzung – eines Ringens um Reichweite, Rolle und Verantwortlichkeiten der Politik sowohl auf „Landes“- als auch auf kommunaler Ebene, an dem sich auf beiden Seiten Staaten übergreifend wichtige Akteure beteiligten. Nach einer hitzigen Wahlschlacht, für die die republikanische Seite siebenmal mehr ausgab als die demokratische, wurde Walker mit einem leichten Stimmenzuwachs im Amt bestätigt. Der Vorgang gilt als schwerer Rückschlag für die Arbeiterbewegung wie für die Demokratische Partei, als eine Art „Erfolgsrezept“ für Politiker, die auch anderswo „planen, die Verhandlungsmacht der öffentlich Bediensteten gesetzlich einzuschränken“ (Kocieniewski, 2012: A17).

### **Sachverwalter des Sparzwangs**

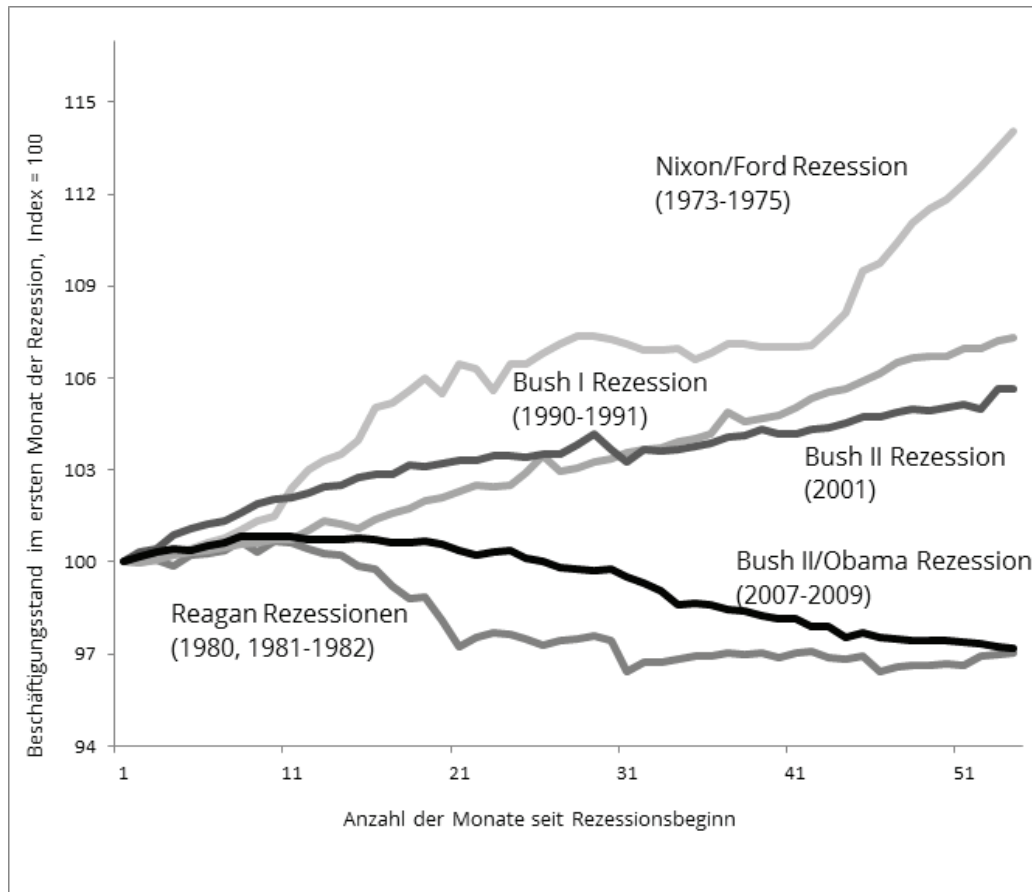
Reformen à la Wisconsin gaben während der Großen Rezession die vorherrschende Rich-

tung des Politikwandels an. Die Demokraten verloren serienweise Wahlen, was darin gipfelte, dass inzwischen die Mehrheit der „Landeshauptstädte“ wieder republikanisch regiert wird. Der *Tea-Party*-Populismus wird weithin als treibende Kraft hinter diesem Rechtsruck gesehen, dem Abgleiten in fundamentalistische Steuerfeindlichkeit, Nativismus und buchstabengläubige Verfassungsauslegung. Die Abstrafung gemäßigter Kandidaten bei Vorwahlen und die ängstliche Anpassung der republikanischen Parteiführung haben diese Rechtswende unübersehbar gemacht. Doch bei aller deklaratorischen Establishment-Feindschaft und Graswurzel-Unabhängigkeit der *Tea-Party*-Bewegung erwachsen ihre Macht und ihr Einfluss großenteils aus der innigen Verbindung mit konservativen Medien, plutokratischen Spender-Netzwerken und Lobbygruppen im Dienste absoluter Marktfreiheit (Skocpol und Williamson, 2012). Im Einklang mit diesen Kräften hat die *Tea-Party*-Bewegung eine spezifisch amerikanische, quasi folkloristische Version des Neoliberalismus organisieren und festigen können. Diese verbindet eine krankhafte Angst vor konfiskatorischen Steuern mit tief sitzenden Vorbehalten gegen soziale Umverteilung zugunsten derer, die man als unproduktiv und *undeserving* – nicht unterstützenswert – abstempelt wie etwa Neu-Einwanderer und Arbeitslose. So gelang es dieser Bewegung in kurzer Zeit, die Basis der Republikanischen Partei nach ihrem eigenen Bilde umzuformen. Der in dieser Hinsicht wohl präziseste Maßstab fiskalischer Reinheit ist Grover Norquists „Taxpayer Protection Pledge“, eine politisch bindende Verpflichtung, „Steuererhöhungen [zu] bekämpfen und gegen sie zu stimmen.“<sup>5</sup> Alle Mitglieder dieser Gouverneursklasse fiskalischer Fundamentalisten, der auch Wisconsin

<sup>4</sup> Vgl. ATR (2011), Korbe (2011), Fraley (2012) und Nichols (2012a+b).

<sup>5</sup> Norquist, ein führender Vertreter der „*Leave-us-alone*“-Koalition, ist Vorsitzender der *Americans for Tax Reform (ATR)* in Washington, D.C. Näheres über das „Gelöbnis“ verrät die ATR-Internetseite: [www.atr.org](http://www.atr.org). Viele Gouverneure haben das ATR-Gelöbnis unterzeichnet, desgleichen fast alle Republikaner in Repräsentantenhaus und Senat der Vereinigten Staaten.

**Abb. 1: Veränderung der kommunalen Beschäftigtenzahlen während US-amerikanischer Rezessionsperioden, 1969-2012**



Quelle: Eigene Berechnungen des Verfassers nach Daten des Bureau of Labor Statistics.

Scott Walker angehört, sind – bis auf einen – in der Folgezeit des Wall Street Crashes von 2008 gewählt worden.<sup>6</sup>

Neben der Tea Party und den „Fox News“ ist es ein exklusiver Verein namens American Legislative Exchange Council (ALEC), der unverhältnismäßig starken Einfluss auf die neue republikanische Politikagenda für die Bundesstaaten nahm und nimmt. Hinter verschlossenen Türen treffen sich Unternehmensvertreter und konservative Politiker, um Mustergesetze

zu entwerfen und so weit auszuweilen, dass sie allenthalben in den Staatsparlamenten eingebracht werden können, was Staat für Staat mit beträchtlichem Erfolg geschieht.<sup>7</sup> Die Aktivitäten von ALEC und Fellowtraveler-Organisationen wie Americans for Prosperity, Freedom Works und dem State Policy Network der Heritage Foundation veranschaulichen, wie die allerjüngsten Runden der Austeritätsoffensive

<sup>6</sup> T. Skubick, „Gov. Rick Snyder still not ‘breaking bread’ with GOP’s tea party base“, [www.mlive.com](http://www.mlive.com).

<sup>7</sup> Zu ALEC vgl. Williams (2010), McIntire (2012) und [alecexposed.org](http://alecexposed.org). Zu den ALEC-Aktivitäten in Wisconsin und zur „Crono-Affäre“ vgl. Cronon (2011), Medvetz (2012) und William Cronons Blog unter [scholarcitizen.com](http://scholarcitizen.com) und [www.williamcronon.net](http://www.williamcronon.net).

mit dem Zentralnervensystem des neoliberalen Projekts verknüpft sind (vgl. Peck, 2014). Allerdings beschränkt die Austeritätssdynamik sich zweifellos nicht auf derartige Aktivitäten (oder Akteure). Die tiefere Bedeutung dieser Dynamik besteht darin, dass sie die Rahmenbedingungen politischen Handelns grundlegend verändert. Demokraten in die Staats- und Gemeindeämter zu wählen, bietet, wie die Dinge liegen, wohl kaum Schutz vor Haushaltszwängen, die auf vielfache Weise systembedingt sind. Immerhin wirken die Demokraten vergleichsweise weniger erpicht darauf, die Finanzkrise politisch zu instrumentalisieren. Den Republikanern verschafft der haushaltspolitische Sparzwang (besonders in dieser Ära der Zuverlässigkeitsprüfungen durch Tea Party und „Fox News“) ideologischen Rückenwind. Ihnen fällt es leichter, Umbaumaßnahmen zum „schlanken Staat“ deterministisch zu begründen, als Sachzwang eben (vgl. Munck, 2003). Was die Republikaner begünstigt, bläst umgekehrt den Demokraten eher ins Gesicht, doch die „fiskalischen Realitäten“ veranlassen sie oft zu den gleichen „unpopulären Entscheidungen“ oder „hard choices“, selbst wenn diese den Wählerinnen und Wählern als „dritter Weg“ verkauft werden. So oder so hat der fiskalische Konservatismus sich als parteienübergreifender Zustand etabliert, als „bipartisan condition.“

Das wiederum schlägt sich in einer Art fiskalischen Revanchismus' nieder, so ausgreifend und heftig, dass selbst die „Revolutionen“ Reagans in den 1980er Jahren und Gingrichs in den 1990ern vergleichsweise milde erscheinen. Untersuchungen des Center on Budget and Policy Priorities (CBPP) belegen, dass die Einnahmerückgänge der US-Bundesstaaten in der seit 2007 anhaltenden wirtschaftlichen Schwächeperiode jene, die während der drei vorangegangenen „neoliberalen Rezessionen“ (Anfang der 1980er, Anfang der 1990er und Anfang der 2000er Jahre) zu verzeichnen waren, weit übertreffen. „Die Große Rezession, die 2007 begann, verursachte“, so McNichol u.a. (2012: 1),

*den größten aktenkundigen Einbruch der Staatseinnahmen [der US-Bundesstaaten]. Mindestens 46 Staaten und der District of Columbia haben in der Folge ihre öffentlichen Dienste stark eingeschränkt. 43 der 50 US-Bundesstaaten kürzten die Mittel für Universitäten und Colleges, 34 Staaten die K-12-Ausgaben [für Bildung und Erziehung vom Kindergarten bis zum 12. Schuljahr], 29 Staaten die Leistungen für Senioren und Behinderte, und 31 Staaten dezimierten die Gesundheitsetats – lauter Leistungseinschränkungen, gerade jetzt, wo doch der Bedarf ständig wächst.<sup>8</sup>*

In gänzlicher Verkehrung der keynesianistischen Logik hat man die öffentlichen Personalaufwendungen ausgerechnet in Zeiten lang anhaltender Wirtschaftsschwäche zusammengestrichen, und dies in Größenordnungen, die sich allenfalls mit denen vom Anfang der 1980er Jahre vergleichen lassen – mit den Angriffen auf den öffentlichen Dienst während der *Double-dip*-Rezession unter Reagan (vgl. Abb. 1). Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst unterhalb der Bundesebene sank zwischen August 2008 und August 2014 um 615 000, davon fast drei Viertel im kommunalen Bereich. Die Bundesstaaten haben die Reorganisationsprobleme auf die Städte abgeladen. Wie Abb. 1 zeigt, übertrifft der anhaltende Personalabbau der Gemeindeverwaltungen mittlerweile die Abbaumaßnahmen der Reagan-Ära und steht im Begriff, der größte jemals verzeichnete zu werden.

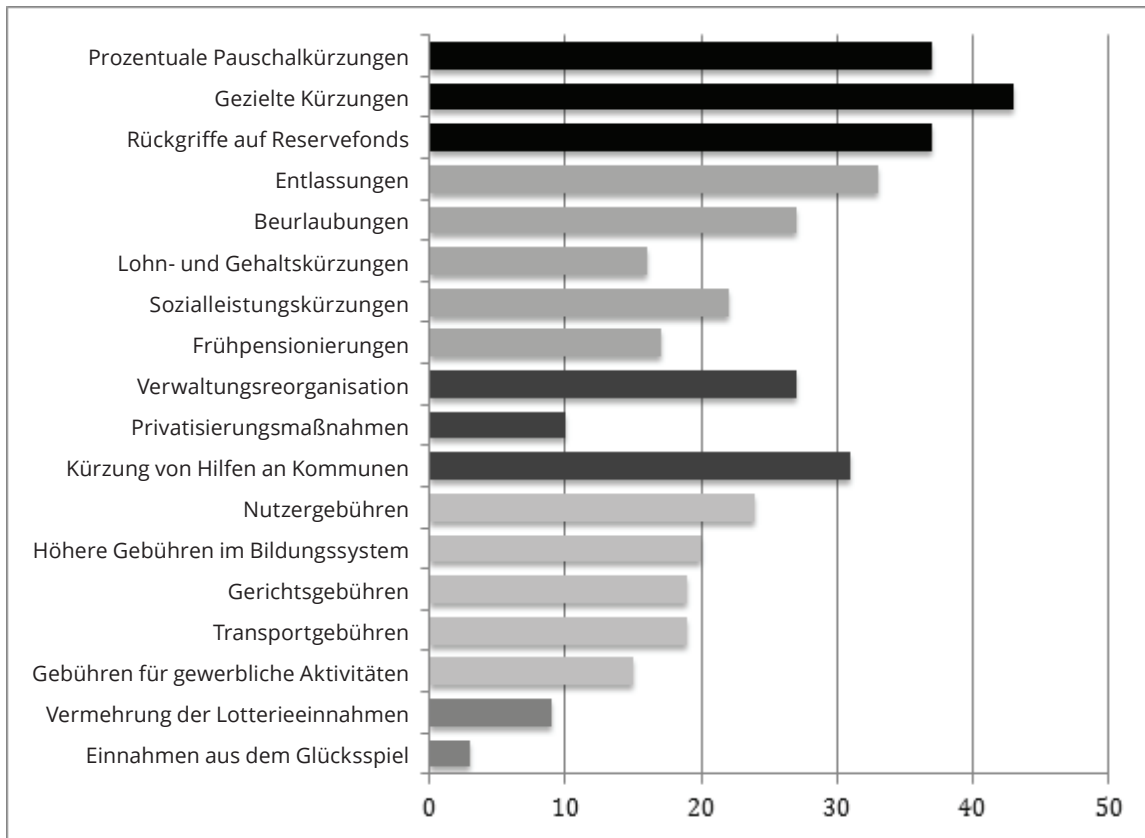
## Strukturanpassungsmaßnahmen

Die jüngste Runde der Austeritätsmaßnahmen geht allerdings über eine Verringerung der Be-

8 Vgl. CBPP (2011), The state budget crisis and the economy, [www.cbpp.org](http://www.cbpp.org), McNichol u.a. (2012) und Williams u.a. (2011). – Andererseits haben 17 Staaten die Umsatzsteuern erhöht, 13 Staaten die Lohn- und Gehaltssteuern, 17 Staaten die Unternehmensbesteuerung und 22 erhöhten weitere Abgaben. Viele US-Bundesstaaten haben auch bewährte Maßnahmen zur Überwachung des Alkoholverkaufs und von Glücksspielen, ja sogar des Erwerbs von Feuerwerkskörpern „dereguliert“ (also gelockert oder ganz abgeschafft) – dies nicht aus politischen Gründen, sondern aufgrund extremer Haushaltszwänge, (Economist, 2012b).



**Abb. 2: Strategien der US-Bundesstaaten zur Schließung von Haushaltslücken, 2008-2014**



Quelle: National Governors Association und National Association of State Budget Officers.

schäftigtenzahlen weit hinaus. Im Jahr 2012 stimmten die Bürger von San Diego und San Jose mit überwältigenden Mehrheiten dafür, die Rentenansprüche der Stadtbediensteten zu kürzen, in Zukunft und schon jetzt. Die vorangegangenen, finanziell bestens ausgestatteten Kampagnen galten weithin als Blaupausen für entsprechende Vorstöße in anderen Städten (und Staaten), die sich für eine „Rentenreform“ im Stil der neuen Zeit interessierten (Cooper und Walsh, 2012). Frühere Versuche San Diegos, seine Pensionsverpflichtungen einzuschränken, hatten Berichtspflichten gegenüber der US-Börsenaufsichtsbehörde (Securities and Exchange Commission/SEC) verletzt und der Stadt in der Folge den Zugang zum Anleihemarkt versperrt. Zur Bewältigung seiner Finanznöte war San Diego so weit ge-

gangen, Feuerwachen im Rotationsverfahren zu schließen. Schon seit Jahren diente die Stadt konservativen Organisationen wie ALEC, dem State Policy Network der Heritage Foundation und dem Manhattan Institute als eine Art Brückenkopf ihrer Rentenreform-Offensive (vgl. Cokorinos, 2005), mit dem Ergebnis des 2012er Referendums als Höhepunkt ihrer Bemühungen. Danach kam in San Jose, dem Vorort des Silicon Valley, die entsprechende Initiative mit 70 Prozent Zustimmung zum Zuge. Dort hatte der Bürgermeister, ein Demokrat, für die Rentenkürzung mit der Begründung geworben, sie würde es der Stadt ermöglichen, einige beurlaubte Polizeibeamte zu reaktivieren und Personal für vier öffentliche Bibliotheken einzustellen, die aus besseren Zeiten stammten, aber längst geschlossen waren, weil es weder

Bücher noch Bibliothekarinnen gab (Cooper, 2012). Kaliforniens Gouverneur Jerry Brown, auch Demokrat und selbst eifrig um die Demontage öffentlicher Rentenzahlungspflichten bemüht, lobte das Abstimmungsergebnis von San Jose als „machtvolles Signal dafür, dass eine Rentenreform zwingend geboten ist.“ (Zit. nach „International Herald Tribune“, June 8: 5)

Haushaltskürzungen können also Vorboten tiefgreifender Strukturreformen sein. Wie Abb. 2 zeigt, haben so gut wie alle US-Staaten seit der Finanzkrise von 2008 gezielte oder ganz pauschale Ausgabenkürzungen durchgeführt. Gleichzeitig haben sie sich des mittlerweile vertrauten Repertoires neoliberaler Ab- und Umbaustrategien bedient, als da sind das Outsourcing an Privatfirmen und gemeinnützige Einrichtungen, Reorganisation und Einschränkung der Staatstätigkeit sowie der Rückgriff auf sozial regressive Einnahmequellen wie Nutzungsgebühren und kostenpflichtige Dienstleistungen. Staaten, in denen neue Privatisierungsprogramme aufgelegt wurden, sind Arizona, Florida, Illinois, Indiana, Kansas, Louisiana, Michigan, Missouri, Ohio und Virginia. Nicht weniger als 31 Staaten haben sich mittlerweile dafür entschieden, Etatkürzungen auf die Gemeindeebene durchzureichen, was „in manchen Fällen erhebliche Reduktionen“ bewirkte – so die trockene Ausdrucksweise der NASBO, der nationalen Vereinigung der „state budget officers“ (NGA und NASBO, 2010: 56). Dieses Verfahren hat unterschiedliche Formen angenommen, offene Mittelkürzungen für die Gemeinden oder auch Einschränkungen bei bestimmten Programmen, etwa der Primär- und Sekundärbildung [K-12 education], beim Straßenbetriebsdienst und bei Grundsteuerermäßigungen. Einige Staaten haben zudem begonnen, sich aus Finanzausgleichsvereinbarungen mit Gemeindeverwaltungen zu lösen. Am schlimmsten trieb es Kaliforniens Gouverneur Brown. Angesichts eines Haushaltsdefizits von 26 Mrd. Dollar entschied er sich, seinen Städten 5,6 Mrd. Dollar abzunehmen,

indem er einseitig 400 Stadt-sanierungs- und Entwicklungsagenturen auflöste. Solche Agenturen sind „TIF-finanziert“ [tax-increment financing], und im kalifornischen Fall flossen bis 2011 zwölf Prozent der dortigen Grundsteuereinnahmen durch ihre Kanäle (Stephens, 2012).

Angesichts solch planmäßiger Kürzungen seitens der Bundesstaaten und stagnierender oder sinkender örtlicher Steuereinnahmen haben viele Städte gar keine Alternative zum Sparkurs. Im Minus zu wirtschaften, ist kaum möglich, wenn der jeweilige Staat Haushaltsdefizite oder sogar jegliche Steuererhöhung gesetzlich verbietet (oder streng begrenzt). Außerdem machen Haushaltsdefizite die gewählten Amtsinhaber politisch verwundbar, denn diese müssen fast sicher damit rechnen, zur bevorzugten Zielscheibe aggressiver Kritik (seitens beider Parteien) zu werden. Und als ob die Konsequenzen neoliberaler „Rationalität“ noch eigens betont werden müssten, gilt die Option, jenseits austeritätspolitischer Zwänge zu handeln, zunehmend nur noch für Orte und Situationen, in denen günstige Marktbedingungen herrschen. Und jene Städte, die genügend politisch-ökonomisches Potenzial mobilisieren können, um auf sich gestellt zu operieren, tun genau dies.

## **Das Beispiel Chicago**

Nehmen wir ein Beispiel: Chicagos Bürgermeister Rahm Emanuel konnte Bill Clinton, den Ex-Präsidenten, dafür gewinnen, mit ihm gemeinsam eine PPP-Initiative, also eine „Public-Private Partnership“ zu starten, um sieben Mrd. Dollar für lange vernachlässigte Infrastrukturaufgaben in seiner Stadt zu mobilisieren. Es geht dabei u.a. um Investitionen in die Schienen- und Straßennetze des Nahverkehrs, eine wesentliche Flughafenerweiterung, neue Mittel für Schulen und kommunale Hochschulen und die Sanierung eines maroden Wasserleitungssystems, das allein 2011 3800 Lecks

zu verzeichnen hatte. Der Chicago Infrastructure Trust soll auf Gegenseitigkeit beruhen und Chancen der Infrastrukturentwicklung dort nutzen, wo „Investoren lebhaften Appetit zeigen und das Aufkommen an potenziellen Projekten reichhaltig erscheint“ („Economist“, 2012a: 38). „In einer Zeit“, bemerkt dazu John Schwartz (2012: A14), „in der das Land gerade erst anfängt, sich mühsam und unter Schmerzen aus einer tiefen Rezession herauszuarbeiten, und in der Städte wie Staaten wesentliche Dienstleistungen zusammenstreichen und sich fragen müssen, wie sie die Schließung ihrer Gerichtsgebäude vermeiden und ihre Straßenbeleuchtung in Betrieb halten können, ist ein Infrastrukturprojekt für eine einzige Stadt, dessen geschätzte Kosten in die Milliarden – Milliarden! – gehen, kühn oder dreist.“ Diese Form der „Kühnheit“ können sich jedenfalls nur die wenigsten Städte leisten. Die es zu können glauben, rühmte Bürgermeister Emanuel als „Can-do“-Städte und Staaten. Dem Wahlvolk Chicagos versicherte er, seine Pläne ließen sich ohne jegliche Erhöhung der Grund- oder Umsatzsteuer realisieren. (Als Retter der Steuerzahler würden vielmehr Investoren wie Citibank, JPMorgan, Macquarie Infrastructure & Real Assets oder Ullico einspringen.) Die Erneuerung der Infrastruktur Chicagos sei jetzt, so Emanuel, eine ähnlich großartige Aufgabe wie einst der Wiederaufbau der Stadt nach der Großen Feuersbrunst von 1871, der ebenfalls, weil die Verhältnisse es erforderten, selbstfinanziert und in eigener Regie durchgeführt worden sei. „Ich werde die Zukunft dieser Stadt nicht gefährden, nur weil Washington und Springfield nicht funktionieren“, tönte er (zit. nach Schwartz, 2012: A14).

Schließlich lautet das inoffizielle Motto seiner Stadt: „Belass' es nicht bei kleinen Plänen!“ Doch während Chicago diese gewagte Strategie verfolgt, seine Infrastruktur an Springfield und Washington vorbei mit privatwirtschaftlichen Partnern zu erneuern, beschneidet es gleichzeitig eine Vielzahl weniger spektakulärer

Funktionen und Dienstleistungen. Die Stadt hat Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zu Hunderten entlassen, die Öffnungszeiten der Bibliotheken verkürzt, den Verwaltungsapparat von Polizei und Feuerwehr verkleinert sowie Trinkwasser- und Abwassergebühren erhöht. Selbst in dieser Spitzengruppe der „Can-do“ (Wirtschaften-das!)-Städte koexistieren verschiedene Formen (sozial-)staatlicher Austerität mit wirtschaftlich vernünftigen, „rentablen“ Aufwendungen für die gewerbliche Infrastruktur.

Seit nunmehr vier Jahrzehnten zählt die amerikanische Bundesregierung die Städte de facto nicht mehr zu ihrem Verantwortungsbereich. Dieser historische Rückzug wird in der Regel auf Nixons Botschaft zur Lage der Nation von 1974 zurückgeführt. Sie läutete damals dem Urbanismus des *New Deal* die Sterbeglocke.<sup>9</sup> Die Jahrzehnte, die auf diese Ankündigung folgten, waren von finanziellen Rückzugsgefechten und strategischer Vernachlässigung geprägt (vgl. Biles, 2011). Mit der Wende zur Austeritätspolitik zeichnet sich nun aber offenbar eine wesentliche Verschärfung ab: Die Verantwortungspreisgabe nimmt erheblich offensivere, fiskalpolitisch legitimierte Formen an. Dies wiederum lenkt den Blick auf das relationale, Ebenen übergreifende Wesen der Austeritätspolitik, deren Auswirkungen zwar Staaten und Gemeinden besonders hart treffen, aber natürlich keineswegs auf diese Ebenen begrenzt sind. Wenn Bürgermeister wie Rahm Emanuel beklagen, dass Washington nicht „funktioniert“, dann beziehen sie sich nicht auf vorübergehenden Parteienstreit, sondern auf völlig verhärtete Strukturprobleme, die gleichzeitig fiskalischer und politischer Art sind (vgl. Edsall, 2012; Mann und Ornstein; 2012).

9 Nixons Begründung dieser Wende lautete so: „Vierzig Jahre lang sind Machtbefugnisse aus den Staaten und Gemeinden nach Washington, D. C. abgewandert. Wir haben jetzt begonnen, sie von Washington in die Staaten und Gemeinden zurückzuführen, vor allem aber zurückzugeben in die Hände des amerikanischen Volks.“ [www.presidency.ucsb.edu](http://www.presidency.ucsb.edu). Vgl. auch Biles (2011) und Harvey (2012).

Unter Austeritätsbedingungen hat die politische Auseinandersetzung auf Bundesebene den Charakter von Nullsummenspielen angenommen, erbitterter Kämpfe um einen immer kleiner werdenden Kuchen. Dabei herausgekommen sind eine Kongressblockade und fiskalischer Nihilismus in Washington sowie die – noch weiter gehende – Versteinerung des unproduktiven wahl- und parteipolitischen Duopols im Lande. Bei den Republikanern gab es zwar stets eine steuerfeindliche Strömung, doch in der Nach-Reagan-Zeit hat sich daraus ein Glaubensgebot entwickelt, dessen Einhaltung streng überwacht und sowohl seitens des Lobbyistengewerbes als auch seitens des Tea-Party-Komplexes geradezu in Marmor gemeißelt wird.<sup>10</sup> Im Laufe der 1990er Jahre begannen sich dann auch die Demokraten auf die mittlerweile zentristischen Vorstellungen vom schlanken Staat und dem Vorrang der Defizitbekämpfung einzulassen.<sup>11</sup> Seither sind sie auf Defensiv- und Kompromisspositionen abgedrängt worden. Bei allem Geschrei der Tea Party über Obama, der angeblich einem „Sozialismus europäischen Stils“ verfallen ist, bleibt dieser doch im Denken wie im Handeln ein marktorientierter fiskalischer Falke (Peck, 2010). Wo die Demokratische Partei bundesstaatliche Eingriffe, Regulierungsmaßnahmen und sozialpolitische Ausgaben überhaupt noch verteidigt, ist sie von pragmatischen Positionen herabgesunken zur Zögerlichkeit, wenn nicht zu gänzlicher Abkehr – ein Zustand, den Thomas Frank (2012) als eine Form ideologischer Feigheit beschreibt.

In Washington spielt die Politik sich jetzt auf der schiefen Ebene von Haushaltsausgleich, Sozial-„Reformen“ und asymmetrischen De-

10 Zur Politik der Tea Party vgl. Zernike (2010) sowie Skocpol und Williamson (2012). Zur fundamentalistischen Steuerfeindlichkeit in der Republikanischen Partei vgl. Graetz und Shapiro (2005), ferner auch Kabaservice (2012).

11 Diese Einstellung verfestigte sich unter Präsident Clinton, dessen Amtszeit im Rückblick letzten Endes „Errungenschaften“ wie NAFTA, Sozialhilfereform und Defizitabbau prägten (vgl. Pollin, 2003).

batten über das Ausmaß fiskalpolitisch betriebener „Verschlankung“ – nicht etwa über diese selbst – ab, mit schlimmen Folgen für die Staaten und Gemeinden (vgl. Draper, 2012; Mann und Ornstein, 2012). Thomas Edsall, dem erfahrenen Politikkommentator, zufolge sind die Vereinigten Staaten

*in eine Austeritätsperiode eingetreten, die sich deutlich von allem unterscheidet, was wir bisher erlebt haben [...]. Uns steht eine brutale Zukunft bevor [...]. Die Politik der Mangelverwaltung begünstigt die Rechte, die ideologisch besser als die Linke dafür gerüstet ist, die harten Eingriffe vorzunehmen, die eine nachhaltige Wirtschaftskrise nahelegt. Nichtsdestotrotz überschätzen die Republikaner, wenn sie an der Macht sind, immer wieder ihr Mandat und verlieren so an Rückhalt in der Öffentlichkeit (2012: 1, 8-9).*

Nicht zu wissen, wann man aufhören muss, besonders bei Kreuzzügen für den „schlanken“ Staat, gehört für die republikanische Rechte zum Kernbestand ihrer ideologischen DNA, vielleicht für neoliberale „Reformer“ ganz generell (Peck, 2010). Die Republikanische Partei hat sich, wie Thomas Mann und Norman Ornstein (2012: xiv) konstatieren, in „einen rebellischen Ausreißer“ verwandelt:

*ideologisch extrem; voller Verachtung für herkömmliche Sozial- und Wirtschaftspolitik; zutiefst kompromissfeindlich; skeptisch bis feindselig gegenüber bisher üblichen Auffassungen von Realität, Evidenz und Wissenschaft; ohne Respekt für die Legitimität der politischen Gegner.*

Derweil fanden die Demokraten sich, während sie immer mehr in die politische Mitte rückten – die sich ihrerseits kaum noch dort befindet, wo sie sonst war –, zusehends in die trostlose und undankbare Rolle versetzt, immer neue, mit immer neuen Konzessionen zu bezahlende Kompromisse einzugehen, und dies bei offenbar dauerhaft klammen Finanzen (vgl. Bai, 2012; Frank, 2012).

Als sie noch als „Wachstumsmaschinen“ gefeiert wurden, pflügten die Städte einander er-

folgreiche Entwicklungsmodelle unbekümmert abzugucken (vgl. McCann und Ward, 2011). Unter Austeritätsbedingungen lebt diese Gewohnheit auf neue Weise wieder auf. Heute lernen sie, andersartige Modelle nachzuahmen: „best practices“ bei der organisatorischen „Verschlankung“, bei der Gebührenerhebung oder der Privatisierung noch verbliebenen Kommunaleigentums. Angesichts negativer Haushaltsszenarien halten immer mehr Städte Ausschau nach kreativen Beispielen, wie man „mit weniger weniger tut.“ So hat Chicago 2008 seine Parkuhren privatisiert und damit traurige Berühmtheit erlangt. Ein Konsortium unter der Führung von Morgan Stanley erwarb seinerzeit das Recht, das Parkuhrensystem 75 Jahre lang zu betreiben, wodurch der Stadt Einnahmeverluste von schätzungsweise fast 12 Mrd. Dollar entstehen.<sup>12</sup> Einige kleinere Städte wie Maywood/Kalifornien und Sandy Springs/Georgia verfolgen eine Strategie nahezu vollständiger Privatisierung, machen sämtliche Vermögens-

werte zu Geld und sourcen jegliche Dienstleistung aus. Manchmal geschieht das, wie in Maywood, aus fiskalischer Not, anderswo aber aus ideologischen Gründen – so beim „Modell“ Sandy Springs, dessen Architekt sein Vorgehen stolzgeschwellt weiterempfiehlt (Porter, 2006; Segal, 2012). Durch und durch Marktgläubige wie der „Economist“ halten daran fest, die Abwälzung staatlicher Aufgaben nach unten zu idealisieren, indem sie von einem „Laboratorium der Demokratie“ sprechen und behaupten, angesichts der andauernden Blockadesituation in Washington seien es die Staaten und Städte, in denen „Amerika sich selbst ununterbrochen erneuert“ (Economist, 2012c: 18). „Eine Reihe neuer republikanischer Gouverneure treibt“, wie das Magazin zustimmend konstatiert, „die Reform des öffentlichen Sektors voran, oft umstritten, doch im langfristigen Interesse ihrer Staaten.“ Unterhalb der Bundesebene habe „die Instandsetzung des öffentlichen Finanzwesens die größten Fortschritte gemacht.“

## **Der Zwang zur Veränderung: Die Dynamik der kommunalen Austerität**

Die Abwälzung staatlicher Aufgaben und Verantwortlichkeiten nach unten ist schon längst ein Markenzeichen neoliberaler Machtausübung (Hackworth, 2007; Peck, 2011; Harvey, 2012). Mit der Verallgemeinerung der Austerität nimmt dieses Phänomen stufenweise abgewälzter Verantwortung jedoch ganz neue Ausmaße an. Viele Städte sehen sich mit einer Abfolge alternativer Budgetentscheidungen

konfrontiert. Einige mogeln sich mit finanziellen Begrädnigungsmaßnahmen durch (und schließen vielleicht „überzählige“ Dezernate), lassen aber die Straßenlaternen an; in vielen anderen scheinen die permanente Finanzverknappung, der Dienstleistungsabbau und der Rückgriff auf Public-Private-Provisorien die Handlungsbedingungen auch auf längere Sicht umzuformen. Bei einer solchen Politik stufenweise abwärts verlagerten Austeritätsdrucks, liegt es in der Natur der Sache, dass deren Zwänge weder offen noch überall gleich ausgeübt werden, so sehr sie allenthalben zu spüren sind. Wie Loba und Adua (2011) erklären, ist lokalisierte Austerität, statt schlichtweg Konvergenz zu bewirken, geradezu das Rezept für noch ausgeprägtere Formen ungleichmäßiger sozial-räumlicher Entwicklung. Die

<sup>12</sup> Der Stadt brachte die Privatisierung demgegenüber lediglich 1,16 Mrd. Dollar ein. Die Parkeinnahmen hatten zuvor geholfen, kurzfristig Haushaltslöcher zu stopfen. Nach der Privatisierung stiegen die Parkgebühren fast sofort auf das Vierfache, während die Zahl der mit Parkuhren bestückten Straßen dramatisch zunahm. Vgl. A. M. Harris, William Blair sued over its advice on Chicago parking meter privatization, „Bloomberg“, 17. 9. 2010, [www.bloomberg.com](http://www.bloomberg.com); M. Bergen, Chicago, ugly urban parable of privatization, in: „Forbes“, 3.1.2012.



Landschaft des AusteritÄts-Urbanismus wird scheckig aussehen (vgl. Brenner u.a., 2010; Peck u.a., 2013) wiewohl serienweise überzogen von Umbauimperativen, Wiederholungsmustern und wiederkehrenden Bedrohungen. Wie es bestimmten StÄdten unmittelbar ergeht, hÄngt zum Teil von dem fiskalischen und institutionellen Zustand ab, in dem sie sich zu Beginn der GroÙen Rezession befanden. Eine Rolle spielen dabei auch die geografisch unterschiedlichen Auswirkungen der Immobilienkrise und der allgemeinen WirtschaftsschwÄche (vgl. Chernick u.a.; Aalbers, 2012). Da gibt es am einen Ende die gescheiterten oder scheiternden Gemeinwesen, die in die ZahlungsunfÄhigkeit oder finanzielle AbhÄngigkeit abgleiten; das andere Extrem bilden StÄdte mit starken Marktpositionen, die – begünstigt durch selektive öffentliche Investitionen und regionalisiertes Wirtschaftswachstum – weiterhin ihre Vorteile monopolisieren werden. Hier haben wir es mit der fiskalischen Version eines *Winner-takes-all*-Urbanismus zu tun. Und die zahllosen Mitbewerber, die sich zwischen diesen Extremen abkÄmpfen, tun, was sie können und was ihre institutionellen und politischen Ressourcen hergeben, um mit den einander widersprechenden Imperativen deregulierten Wachstums und bewusst herbeigeführter politisch-administrativer Ohnmacht zurechtzukommen. So tragen sie das ihre zur Erweiterung des strategischen Repertoires bei, mit dem sich die kleinen und mittleren Gemeinwesen zu behelfen versuchen.

Klar ist jedenfalls schon heute – sechs Jahre nach dem Wall Street Crash von 2008 –, dass es sich bei alledem nicht um vorübergehende Erscheinungen handelt. Der AusteritÄts-Urbanismus erzeugt immer neue Wellen institutionellen Wandels, von Verwaltungsreform und Umbau im öffentlichen Dienst – mit langfristigen und möglicherweise Pfadwandel bewirkenden Folgen, für die, die dabei gewinnen, ebenso wie für die Verlierer. Chicago beispielsweise, das ja auf der Höhe der Finanzkrise entschied,

seine Parkuhren zu privatisieren, muss infolgedessen Einnahmeverluste bis 2084 hinnehmen, fast bis zum Ende des Jahrhunderts! Kein Wunder, dass diese besonders abwegige Geschäftsidee unvergessen bleibt (vgl. Spellman, 2012). Um die Abwärtsspirale der TABOR-Auswirkungen in Colorado umzukehren, bedürfte es einer Verfassungsänderung; jene Stadtviertel Detroits, denen die Stadtverwaltung die Straßenbeleuchtung abgeschaltet oder öffentliche Dienstleistungen entzogen hat, sind dem – womöglich dauerhaften – Verfall preisgegeben. Die so entstehende Landschaft des AusteritÄts-Urbanismus mag zerklüftet sein, ist jedoch nicht total chaotisch oder unstrukturiert. In manchen StÄdten, die unter den Härten der AusteritÄtswirtschaft besonders zu leiden haben, lassen sich einige der Charakteristika des entstehenden AusteritÄts-Urbanismus bereits klar unterscheiden:

- ⇒ *Schlankere Gemeindeverwaltungen*: Die kumulativen Auswirkungen der Haushaltskürzungen und der Rationalisierungsmaßnahmen im kommunalen Dienstleistungsbereich zeigen sich in der Schrumpfung der Beschäftigtenzahlen des öffentlichen Sektors, die wiederum Einschränkungen im Erziehungs- und im Gesundheitswesen sowie bei sozialen Einrichtungen nach sich zieht, im Backoffice-Bereich ebenso wie an vorderster Front. Da StÄdte unverhältnismäßig stark auf die Beschäftigung im öffentlichen Sektor angewiesen sind – ein Arbeitsmarktsegment, zu dem Frauen und Angehörige von Minderheiten seit jeher leichter Zugang finden –, werden die unmittelbaren Auswirkungen der Verwaltungs-„Verschlankung“ wahrscheinlich sowohl räumlich konzentriert als auch sozial regressiv sein und so die Konsequenzen der eigentlichen Dienstleistungseinschränkungen noch verschärfen.
- ⇒ *Rollback-Neuauflage*: Während für das Frühstadium der Neoliberalisierung der

Abbau des Sozialstaats und seiner Verteilungsmechanismen kennzeichnend war, wird der Austeritäts-Urbanismus sich intensiver mit Sektoren befassen, die als „schwer reformierbar“ gelten, gleichzeitig aber auch selektiv die Ersatzstrukturen beschneiden, die zur Kompensation der Neoliberalisierungsfolgen entstanden sind (etwa den „Schatten“-Sozialstaat aus spendenabhängigen Einrichtungen, die in Community-, Nonprofit- und religiös bestimmten Bereichen soziale Dienstleistungen erbringen). Der Druck permanenter Kostenkontrolle wird möglicherweise zugleich Forderungen nach neuen Programmen – die aus den unmittelbaren Bedürfnissen geschädigter Gruppen, etwa der *Working Poor*, erwachsen – eindämmen.

- ⇒ *Notprivatisierungen*: Die Versuche, öffentliches Eigentum zu verkaufen und Einnahmequellen zu privatisieren, werden absehbarerweise anhalten. Es geht um den Verkauf kommunaler Grundstücke, Freiflächen und Vermögensgegenstände oder etwa um Straßenzölle und andere Nutzungsgebühren sowie die Übernahme öffentlicher Dienste durch private Vertragspartner. Die Infrastruktur-Entwicklung wird zunehmend von PPP-Modellen abhängen und Vorhaben bevorzugen, die attraktive und sichere Gewinne abzuwerfen versprechen, wobei der Übergang zu Marktverhältnissen Unternehmerinteressen begünstigt. Seiner am besten verkäuflichen Vermögenswerte sowie der ergiebigsten Einnahmequellen beraubt und auf Kernaufgaben reduziert, die den Profitabilitätstest der Privatisierbarkeit nicht bestanden haben, wird der verbleibende öffentliche Sektor voraussichtlich verstärkt mit Verwaltungs- und Finanzierungsproblemen zu kämpfen haben.
- ⇒ *Placebo-Abhängigkeit*: Dass höhere Ebenen Verantwortlichkeiten für Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung auf die

Städte abwälzen, obwohl denen die wesentlichen institutionellen und fiskalischen Kapazitäten zu ihrer Bewältigung fehlen, wird diese wohl dazu nötigen, sich noch stärker auf symbolische, marktorientierte und kostensparende Initiativen zu verlassen. Das Missverhältnis zwischen kommunaler Handlungs(un)fähigkeit und dem fortgeltenden politischen Imperativ, als handlungsfähig zu *erscheinen*, dürfte die Inflation großmündiger, aber inhaltlich hohler Versprechungen weiter anheizen, mit denen man ökonomische Stadtentwicklungsinitiativen in Aussicht stellt, um die entstandene Glaubwürdigkeitslücke zu schließen. Gelegentliche „Erfolge“ werden zu neuen Runden interurbaner Nachahmungsversuche und Modellübernahmen führen.

- ⇒ *Erweiterte Risikoverlagerung*: Unter den Bedingungen anhaltender fiskalischer Zwänge wird man die Bewältigung einer Vielzahl sozialer und ökologischer Kosten, Risiken und externer Effekte immer weiter auf Städte und Gemeinden abwälzen. Da sie aber mit solchen Kosten und Risiken nicht fertig werden können, werden institutionell schwache Kommunen und wirtschaftlich abgehangene Städte kaum eine andere Wahl haben, als auch ihrerseits Verantwortlichkeiten von sich abzuwälzen. Die Einschränkung sozialer Dienste und die Einführung gebührenfinanzierter Systeme werden sich auf einkommensschwache Schichten, auf Frauen und *Communities of Color* besonders verheerend auswirken.
- ⇒ *Finanzierungswettkämpfe*: Das weitere Eindringen einer Konkurrenzlogik in die Finanzierung staatlicher und quasi-staatlicher Allokationssysteme steht zu erwarten. In Ermangelung zuverlässiger finanzieller Unterstützung seitens der höheren Politik- und Verwaltungsebenen dürfte dies die Gemeinden veranlassen, sich auf Challenge- und Ausschreibungsverfahren oder die Finanzierung von Demonstrati-

onsvorhaben zu konzentrieren. Eine weitere Verlagerung der Gemeindefinanzierung auf kompetitive Verfahren (im Unterschied zu technokratischer Mittelzuweisung oder Insider-Lobbying) spielt politisch überörtlichen Geldgebern in die Hände, die potent genug sind, sich „winners“ auszusuchen (und, versteht sich, als solche zu propagieren), bevorzugte Experimente zu unterstützen und so kommunale Politik und Prioritäten fernzusteuern. Zwischen dem „schlanken“, kompetitiv ausgerichteten Staat der nationalen Ebene und dessen örtlichen „profit centers“ und „Innovationsstandorten“ bilden sich wechselseitige, wenngleich asymmetrische Beziehungen heraus. Das Buhlen um Zuschüsse und die Investoren-Jagd sind weniger denn je frei gewählte politische Strategien, sondern mehr und mehr nackte fiskalische Notwendigkeit.

- ⇒ *Austeritätsverwaltung*: Rechnungs- und bilanzprüfungsgestützte Verfahren der öffentlichen Verwaltung – „rule by accountancy“ – werden sich weiter ausbreiten und verfestigen, sowohl im Verhältnis *zwischen* den Verwaltungsebenen als auch innerhalb der Gemeinden selbst. Über die unmittelbaren Auswirkungen anhaltender Haushaltsengpässe und über die Kämpfe darum, wo und wie tief die Einschnitte erfolgen sollen, hinaus wird die fortgesetzte Unterwerfung unter Sparzwänge wahrscheinlich indirekt auch den organisatorischen Umbau weiter vorantreiben. Das stärkt – intern – die Position jenes Kaders aus Austeritätseinpeitschern, „Verschlankungs“-Freaks, Reformverwaltern, Wirtschaftsprüfern, Unternehmensberatern und Leitern kommunaler Betriebe, deren Handlungsvollmachten durch die „Realpolitik“ austeritärer Haushaltsführung (ganz entscheidend) zunehmen. Andererseits lassen die Gegner dieser aufsteigenden „Macher“-Klasse des austeritären Umsturzvorhabens sich bequem als Vertreter

von Sonderinteressen, Besitzstandswahrer oder Apologeten des Status quo madig machen und marginalisieren.

## **Austeritätsurbanismus**

Dieser Ausblick auf die Entwicklungsdynamik des Austeritäts-Urbanismus kann zunächst nur ernüchtern. Außerhalb der Reihen neoliberaler Glaubenskämpfer und ihrer Freunde in der Wirtschaft werden wahrscheinlich nur wenige der Austeritätspolitik etwas abgewinnen können. Bei einer Wiederkehr wirtschaftlichen Wachstums dürfte es zu gewissen Erleichterungen kommen, die auch dann allerdings regional unterschiedlich ausfallen. Und selbst bei neuem Wachstum wird, nur auf andere Weise, die neoliberale Rationalität der Anpassung (regionaler und kommunaler) Verwaltungen an Marktgebote in Kraft bleiben. Die Logik staatlicher Rettungspolitik gilt offenkundig nur dann nicht, wenn es um den Staat selbst geht: Städte in Not können nicht auf staatliche Rettung rechnen, schon gar nicht unter den Bedingungen einer austeritären Haushaltspolitik, die Sparzwänge von oben nach unten abzuwälzen beliebt. So gesehen spiegelt sich im Austeritäts-Urbanismus die kälteste – allerdings keineswegs blutleere – Logik neoliberaler Herrschaft.

Dass die urbane Austerität politisch umstritten bleibt, ist unvermeidlich, und dass dieser den politischen Widerstand weckt, kann als einer seiner „Double-movement“-Aspekte (im Sinne der „Doppelbewegung“ Karl Polanyis) gelten. Da mit „schlankem Staat“ wohl auch weiterhin keine nachhaltigen Problemlösungen zu erreichen sein dürften, führt der Austeritätskurs ziemlich sicher nicht zu stabilen Politikverhältnissen oder zu einem neuen politisch-ökonomischen Gleichgewicht. Vielmehr winken Instabilität und Ungewissheit. Im weiteren Verlauf der Dinge werden sich neue Kampffelder (und -ziele) auftun. Das zeigt sich schon jetzt,

etwa in örtlichen Kampagnen zur Verteidigung öffentlicher Dienste oder in Versuchen, Abberufungs-(Recall-)Wahlen zu erreichen, und im Widerstand gegen Privatisierungsvorstöße. Staaten wie Michigan und Wisconsin und Städte wie Stockton und Detroit wurden schon früh zu Brennpunkten dieser Entwicklung. Naturgemäß lassen die Ergebnisse solcher Kämpfe sich, im örtlichen Einzelfall wie in ihrer Summe, nicht vorhersagen. Sehr wohl voraussagen lässt sich jedoch, dass die Austerianer weiter offensiv gegen jeden Widerstand – nicht zuletzt gegen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und soziale Bewegungen – vorgehen werden, weil ihr Projekt weit über bloße Haushaltssanierung hinauszielt. Wie schon bei früheren Neoliberalisierungswellen betreiben sie u.a. die Schwächung von – vor allem öffentlichen – Gemeinschaftseinrichtungen und die Lähmung oppositioneller Kräfte. Es wäre deshalb naiv anzunehmen, die Austerianer würden sich sozusagen von selbst ihr eigenes Grab schaufeln, oder dass austeritätsbedingte Krisen zwangsläufig progressive Gegenmaßnahmen provozieren. Austeritätspolitik kann Widerstandsbewegungen auslösen, ebenso aber zu deren (womöglich erneuter) Spaltung führen. So müssen beispielsweise die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit den Spannungen fertig werden, die zwischen der Vertretung der Mitgliederinteressen (dem Schutz vor Entlassung oder Lohn- und Gehaltskürzungen) und der Aufrechterhaltung der bedrohten Dienste entstehen können. Viele dieser Dienste (etwa im Bildungswesen oder den Sozialsystemen) haben ihre eigene Klientel. Soziale Bewegungen oder Bürgerinitiativen sehen sich mit ihren beschränkten Mitteln regelmäßig in hochgradig asymmetrische Kämpfe verwickelt, in denen sich situationsbedingte Aktionszwänge nur mühsam mit langfristigen strategischen Orientierungen und bündnispolitischen Erwägungen vereinbaren lassen. Für andere Organisationen verkompliziert die Situation sich noch zusätzlich durch (finanzielle) Interessen, die sie mit der Erbringung

von Dienstleistungen verbinden (vgl. DeFilippis, 2003; Hackworth, 2012). Wenn die öffentliche Haushaltspolitik so verfährt, als habe sie es mit einem Kuchen zu tun, der eben nicht für alle reicht, provoziert sie weithin Abwehrhaltungen und Gruppenegoismus.

So wie die Erstbetroffenen vieler Austeritätskrisen oft *örtlich* Betroffene sind, so fängt auch die Auseinandersetzung mit der Austeritätspolitik – und besonders mit nach unten abgewälzten Sparzwängen – oft zu Hause an. Dort kann die Gegenwehr beginnen, praktisch gesehen vielleicht sogar nur dort, doch weil Austeritätspolitik letztlich in regressiver Umverteilung besteht, muss politisch progressives Handeln über den lokalen Horizont hinausreichen (vgl. Peck und Tickell, 2012). Unter Verhältnissen kompetitiver Dezentralisierung und fortschreitender Auszehrung regionaler und kommunaler Institutionen kann es in besonders schwer betroffenen Kommunen schwierig sein, überhaupt noch zu handeln, und sei es auch nur defensiv. Unmittelbar nach der Wallstreet-Krise schrieb George Steinmetz (2009: 767) aus Detroit: Jetzt, wo die „Städte die Staaten aufrufen, ihnen zu helfen, und Staaten die Bundesregierung um Kredite oder direkte Barzuweisungen bitten, tritt die ganze Irrationalität der Dezentralisierung der amerikanischen Staatsfinanzen und Staatsverwaltung grell zutage.“ Städte wie Detroit können sich nicht selbst retten, und sinnvolle Entwicklungsstrategien müssen zweifellos über Mittelzuweisungen von außen hinaus eine qualitativ veränderte Regelung, die den Städten insgesamt hilft, ins Auge fassen. „Strategien, die sich auf die Ebene der Städte beschränken“, so Steinmetz (2009: 768), „erreichen die eigentlichen, strukturellen Wurzeln der räumlichen Ungleichheit in den Vereinigten Staaten nicht.“ Hierzu wären historisch neue Formen interurbaner Politik erforderlich, die nicht auf Konkurrenz- oder *Winner-takes-all*, sondern auf ganz anderen ethischen Grundsätzen fußen, nämlich auf progressiver Umverteilung, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Verantwor-

tung. Die Austeritätspolitik macht es zweifellos nicht eben leicht, solche Gegenbewegungen zu mobilisieren oder sie auch nur ins Auge zu

fassen, zugleich aber unterstreicht sie – einmal mehr – die sozioökonomische Notwendigkeit, ja die Dringlichkeit, genau dies zu tun.

## **Zusammenfassung: Austerität als Krise der Kommunen**

Der Wall Street Crash von 2008 hat – statt, wie manche seinerzeit mutmaßten, das Ende des Neoliberalismus einzuläuten – in eine noch ruppigere, geradezu rachsüchtige Phase der neoliberalen Entwicklung geführt (vgl. Peck u.a., 2010; Dale, 2012). Die systematische „Devolution“, das heißt das Durchreichen von Risiken, Verantwortlichkeiten, Schulden und Defiziten nach unten, letztlich also an Städte und Gemeinden, ist zum Markenzeichen des Austeritäts-Urbanismus amerikanischen Stils geworden. In historischer Perspektive haben wir es hier mit der jüngsten Etappe einer jahrzehntelangen Devolutions-, Dezentralisierungs- und Abwälzungsbewegung zu tun. Sie hat zur Demontage jenes Urbanismus' in gesamtstaatlicher Verantwortung geführt, der einst in den *Great-Society*-Programmen der 1960er Jahre seinen Höhepunkt erlebte (Gelfand, 1975; Clavel u.a., 1980; Biles, 2011; Peck, 2011).

Die neoliberalen Austeritätsmaßnahmen sind sozial wie skalar abwärts gerichtet: Sie laden soziale und ökologische Probleme auf Städte und Gemeinden ab, erzwingen aber gleichzeitig von außen (bzw. oben) rücksichtslose Fiskal-„Disziplin“. Öffentliche Dienste und Sozialleistungen werden externen Anbietern übertragen, dem Markt überlassen oder gleich privatisiert, was Staat, Verwaltung, kurz: die ganze öffentliche Sphäre weiter schwächt. Obendrein konzentrieren sie, die ökonomische Marginalisierung durch staatliche Vernachlässigung noch verschlimmernd, Kosten wie Lasten am unteren Ende der sozialen Hierarchie. Lokalismus, also unmittelbar lokal ansetzende Politik, galt lange als grundsätzlich positiv, in manchen

Fällen sogar als implizit progressiv. Heute aber bezeichnet der Begriff einen Schauplatz, auf dem sich die Auseinandersetzung mit einigen der schädlichsten Folgen fortgeschrittener Neoliberalisierung abspielt. Die Kämpfe um Austerität und Alternativen zu ihr scheinen in dem Maße stark stadtbezogene Formen anzunehmen (vgl. Harvey, 2012), in dem die Städte zu Brückenköpfen und Bühnen sowohl des fiskalischen Revanchismus als auch progressiver Formen alternativen Gegenhaltens werden. Aber gerade weil Austeritätspolitik ihrem Wesen nach – in räumlicher, skalarer und sozialer Hinsicht – Umverteilungspolitik *sui generis* ist, müssen progressive Alternativen zu ihr ebenfalls über den lokalen Bezug hinaus auf die Einzelstaaten- und die Bundesebene ausgreifen.

Binnen weniger Jahre hat man aus einer Finanzkrise eine Staatskrise gemacht, und diese wiederum wird jetzt in eine Krise der Städte und Gemeinden überführt. In vielen Teilen der Vereinigten Staaten wird Austerität kommunal zur neuen Normalität. Gewiss, wie hart der damit einhergehende Druck spürbar wird, das wechselt von Stadt zu Stadt, aber der Druck als solcher ist bereits allgemein und systembestimmend geworden. Austerität funktioniert wie ein „permanenter Finanzgerichtshof“, um eine passende Formulierung Foucaults abzuwandeln (vgl. Lemke, 2001; Foucault, 2008).

Makroökonomisch gesehen verschärft Austeritätspolitik die asymmetrischen Beziehungen zwischen den politischen Handlungsebenen, wie die Neoliberalisierung sie fordert, um gleichzeitig die Möglichkeiten, von außen un-



terstützend einzugreifen, weiter auszuhöhlen. Auf der Ebene der Städte bewirkt Austeritätspolitik eine deutliche Intensivierung des neoliberalen Urbanismus (vgl. Peck u.a., 2013). Doch wenn unter Austeritäts-Urbanismus eine spezifische Mutation des neoliberalen Urbanismus verstanden werden soll, ungleichmäßig verwirklicht und in mancher Hinsicht immer noch in den Anfängen steckend, so muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass die systematische auferlegte Haushaltsdisziplin im Kontext einer Neoliberalisierung, deren Formen wechseln und die nicht linear vorangetrieben wird, wohl kaum einen Neustart darstellt. Die Austerität hat eine strategische Dimension angenommen, in der sich heute die widersprüchliche *Reproduktion* der Marktherrschaft vollzieht, und deshalb gilt es, das Augenmerk auf die Art und Weise zu richten, in der im Gefolge der Großen Rezession neoliberale Rationalitäten wieder

aufgenommen, reanimiert und teilweise rehabilitiert worden sind. Eine nachhaltige Kursbestimmung erlaubt dies aber natürlich nicht. Über seine inneren Widersprüche hinaus ist der Austeritäts-Urbanismus jedenfalls selbst zum Kampfplatz geworden, auch wenn abzuwarten bleibt, ob die jüngste Welle von Besetzungen, Protesten und Widerstandsbestrebungen in eine systemverändernde Politik münden wird. Sicher, die mannigfaltigen Pfade widerständiger Politik lassen sich von den neu gezeichneten Austeritäts-Stadtplänen nicht einfach ablesen. Dennoch wird eine Politik des Widerstands auf dem Boden fiskalischer und institutioneller Tatsachen, die der Austeritäts-Urbanismus geschaffen hat, organisiert werden müssen. Für heute bleibt festzuhalten: Wenn Austerität beansprucht, eine neue Normalität zu bestimmen, so steht ebendiese „Normalität“ exakt im Scheitelpunkt der Krise.

## Literaturverzeichnis

- Aalbers, M. B., Hg. (2012): *Subprime Cities*. Oxford: Wiley-Blackwell.
- ATR (2011): „Winning in Wisconsin,“ Americans for Tax Reform, 10.3.2011, [www.atr.org](http://www.atr.org).
- Bai, M. (2012): „The game is called chicken,“ *New York Times Magazine*, 1.4.2012, S. MM22-MM44.
- Biles, R. (2011): *The Fate of Cities: Urban America and the Federal Government, 1945-2000*. Lawrence: University Press of Kansas.
- Bloomberg, M. (2012): „Cities of the future must be cool, creative and in control,“ *Financial Times*, 28.3.2012, S. 9.
- Blyth, M. (2012): *Austerity: The History of a Dangerous Idea*. Oxford: Oxford University Press.
- Brenner, N., Peck, J. und Theodore, N. (2010): „Variegated neoliberalization: geographies, modalities, pathways,“ *Global Networks* 10 (2), S. 182-222.
- Callinicos, A. (2012): „Contradictions of austerity,“ *Cambridge Journal of Economics* 36 (1), S. 65-77.
- Cantor, E., Ryan, P. und McCarthy, K. (2010): *Young Guns: A New Generation of Conservative Leaders*. New York: Threshold Editions.
- Chernick, H., Langley, A. und Reschovsky A. (2011): „The impact of the Great Recession and the housing crisis on the financing of America’s largest cities,“ *La Follette School Working Paper* Nr. 2011-008, University of Wisconsin-Madison.
- City of Detroit, Office of the Emergency Manager (2013): *Proposal for creditors*. Detroit, MI: City of Detroit.
- Clark, C. und Walter, B. (1991): „Urban political cultures, financial stress, and city fiscal austerity strategies,“ *Western Political Quarterly* 44 (3), S. 676-697.
- Clavel, P., Forester, J. und Goldsmith, W. W. (Hg.) (1980): *Urban and Regional Planning in an Age of Austerity*. New York: Pergamon.
- Cokorinos, L. (2005): *Target San Diego: The Right Wing Assault on Urban Democracy and Smart Government*. San Diego: Center on Policy Initiatives.
- Cooper, M. (1995): „God and man in Colorado Springs,“ *The Nation*, 2. 1. 1995, S. 9-12.
- Cooper, M. (2010): „Governments go to extremes as the downturn wears on,“ *New York Times*, 6.4.2010, S. A1.
- Cooper, M. (2011a): „Cities face tough choices as U.S. slashes block grants program,“ *New York Times*, 22.12.2011, S. A16.
- Cooper, M. (2011b): „States pass budget pain to cities,“

- New York Times*, 24.3.2011, S. A20.
- Cooper, M. (2012): „Budget woes prompt erosion of public jobs, with a heavy toll in Silicon Valley,” *New York Times*, 19.2.2012, S. A16.
- Cooper, M. und Walsh, M. W. (2012): „2 cities pass pension cuts,” *New York Times*, 7.6.2012, S. A1.
- Cox, K. R. (2009): „Rescaling the state” in question,” *Cambridge Journal of Regions, Economy, and Society* 2(1), S. 107-121.
- Cronon, W. (2011): „Wisconsin’s radical break,” *New York Times*, 22.3.2011, S. A27.
- Crotty, J. (2011): „The great austerity war: what caused the U.S. deficit Crisis and who should pay to fix it? PERI Working Paper 260, Political Economy Research Institute, University of Massachusetts, Amherst.
- Crotty, J. (2012): „The austerians attack!,” *In These Times*, Februar 2012, S. 16-23.
- Dale, G. (2012): „Double movements and pendular forces: Polanyian perspectives on the neoliberal age,” *Current Sociology* 60 (1), S. 3-27.
- Davey, M. (2010): „Safety is issue as budget cuts free prisoners,” *New York Times*, 5.3.2010, S. A1.
- Davey, M. (2011): „Darker nights as some cities turn off the lights,” *New York Times*, 29. 12. 1011, S. A11.
- Davey, M. und Vlastic, B. (2013): „The man hired to save Detroit (not by Detroit).” *New York Times*, 9.12.2013, S. A1.
- DeFilippis, J. (2003): *Unmaking Goliath: Community Control in the Face of Global Capital*. New York: Routledge.
- Draper, R. (2012): *Do Not Ask What Good We Do*. New York: Free Press.
- Economist (2012a): „A question of trust,” *Economist*, 12.5.2012, S. 33-34.
- Economist (2012b): „Live free and pay more taxes,” *Economist*, 17.3.2012, S. 38.
- Economist (2012c): „State of renewal,” *Economist*, 2.6.2012, S. 18-19.
- Edsall, T. B. (2012): *The Age of Austerity*. New York: Doubleday.
- Egan, P. (2012): „Credit agency: Detroit consent deal cuts near-term bankruptcy risk,” *Detroit Free Press*, 16.4.2012, www.freep.com.
- Egan, P. und Bell, D. (2012): „Detroit comes down to the wire,” *Detroit Free Press*, 2.4.2012, S. A1.
- Featherstone, D., Cumbers, A., Mackinnon, D. und Strauss, K. (2012): „Progressive localism in the age of austerity,” *Transactions of the Institute of British Geographers* 37(2), S. 177-182.
- Florida, R., Mellander, C. und Gulden, T. (2012): „Global metropolis: assessing economic activity in urban centers based on nighttime satellite images,” *Professional Geographer* 64(2), S. 178-187.
- Foucault, M. (2008): *The Birth of Biopolitics*. Basingstoke: Palgrave.
- Fraleigh, B. (2012): „Wisconsin network drives debate,” *SPN News*, März/April 2012, S. 1-6.
- Frank, T. (2008): *The Wrecking Crew*. New York: Henry Holt.
- Frank, T. (2012): *Pity the Billionaire*. New York: Metropolitan Books.
- GAO [Government Accountability Office] (2012): *State and Local Governments’ Fiscal Outlook*. Washington, D.C.: United States GAO.
- Gelfand, M. I. (1975): *A Nation of Cities: The Federal Government and Urban America, 1933-1965*. New York: Oxford University Press.
- Gopnik, A. (2012): „Vive la France,” *New Yorker*, 7.5.2012, S. 17-18.
- Graetz, M. J. und Shapiro, I. (2005): *Death by a Thousand Cuts*. Princeton: Princeton University Press.
- Hackworth, J. (2007): *The Neoliberal City: Governance, Ideology and Development in American Urbanism*. Ithaca NY: Cornell University Press.
- Hackworth, J. (2012): *Faith Based: Religious Neoliberalism and the Politics of Welfare in the United States*. Athens, GA: University of Georgia Press.
- Harvey, D. (2012): *Rebel Cities*. London: Verso.
- Hoffman, D. und Hogan, T. (2005): *The Taxpayers Bill of Rights*. Report from the Office of the University Economist, Arizona State University, Tempe, AZ.
- Johnson, D. M. und McMaken, R. W. (2004): „Tax revenues in the American states, the tax revolt, and Colorado’s TABOR Amendment,” *Paper presented at the Ludwig Von Mises Institute*, Auburn, AL, 20.3.2004.
- Kabaservice, G. (2011): *Rule and Ruin*. Oxford: Oxford University Press.
- Kocieniewski, D. (2012): „Unions, at center of Wisconsin recall vote, suffer a new setback in its outcome,” *New York Times*, 7.6.2012, S. A17.
- Korbe, T. (2011): „Why collective bargaining is a fiscal issue,” *Heritage Foundation*, 24.2.2011, www.heritage.org.
- Krugman, P. (2012a): „Death of a fairy tale,” *International Herald Tribune*, 28.4.2012, S. 7.
- Krugman, P. (2012b): „The austerity agenda,” *New York Times*, 1.6.2012, S. A27.
- Lemke, T. (2001): „The birth of bio-politics”: Michel Foucault’s lecture at the Collège de France on neo-liberal governmentality,” *Economy and Society* 30(2), S. 190-207.
- Lobao, L. M. und Adua, L. (2011): „State rescaling and local governments’ austerity policies across USA, 2001-2008,” *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 4 (1), S. 419-435.
- Lowenstein, R. (2011): „Broke town, U.S.A.,” *New York Times Magazine*, 6.3.2011, S. MM26-MM29.
- Mann, T. E. und Ornstein, N. J. (2012): *It’s Even Worse Than It Looks*. New York: Basic Books.
- McBride, S. und Whiteside, H. (2011): *Private Affluence, Public Austerity*. Halifax, NS: Fernwood Publishing.
- McIntire, M. (2012): „Conservative nonprofit acts as a stealth business lobbyist,” *New York Times*, 22.4.2012, S. A1.
- McKinley, J. und Wollan, M. (2010): „Facing deficit, Oakland puts police force on chopping block,” *New York Times*, 26.6.2010, S. A9.

- McNichol, E., Oliff, P. und Johnson, N. (2012): *States Continue to Feel Recession's Impact*. Washington, D.C.: Center on Budget and Policy Priorities.
- Medvetz, T. (2012): „Scholar as sitting duck“: the Cronon affair and the buffer zone in American public debate,” *Public Culture* 24 (1), S. 47-53.
- Munck, R. (2003): „Neoliberalism, necessitarianism and alternatives in Latin America: there is no alternative (TINA)?“ *Third World Quarterly* 24 (3), S. 495-511.
- NGA and NASBO [National Governors Association and National Association of State Budget Officers] (2010): *The Fiscal Survey of the States*. Washington, D.C.: NGA und NASBO.
- Nichols, J. (2012a): *Uprising*. New York: Nation Books.
- Nichols, J. (2012b): *To Begin the World Over Again: A Politics of Wisconsin, Occupy and the Next Left*. Published by the Rosa Luxemburg Stiftung—New York Office (Oktober 2012).
- Nichols (2014): *Democracy Disregarded: How the Decay of Meaningful Elections Drives Inequality and Injustice*. Published by the Rosa Luxemburg Stiftung—New York Office (April 2014).
- Nolan, K. (2013): „Muni Investors Make Michigan Pay.“ *Wall Street Journal*, 15.8.2013, S. C1.
- Patton, Z. (2010): „Doing less with less,“ *Governing*, September 2010, S. 21-27.
- Peck, J. (2010): *Constructions of Neoliberal Reason*. Oxford: Oxford University Press.
- Peck, J. (2011): „Neoliberal suburbanism: frontier space,“ *Urban Geography* 32 (6), S. 884-919.
- Peck, J. (2014): „Pushing austerity: state failure, municipal bankruptcy, and the crises of fiscal federalism in the USA,“ *Cambridge Journal of Regions, Economy & Society* 7 (1), S. 17-44.
- Peck, J. und Theodore, N. (2012): „Reanimating neoliberalism: process geographies of neoliberalization,“ *Social Anthropology* 20 (2), S. 177-185.
- Peck, J., Theodore, N. und Brenner, N. (2010): „Postneoliberalism and its malcontents,“ *Antipode* 41 (S1), S. 94-116.
- Peck, J., Theodore, N. und Brenner, N. (2013): „Neoliberal urbanism redux?“ *International Journal of Urban and Regional Research* 37 (3), S. 1091-1099.
- Peck, J. und Tickell, A. (2002): „Neoliberalizing space,“ *Antipode* 34 (3), S. 380-404.
- Peck, J. und Tickell, A. (2012): „Apparitions of neoliberalism: revisiting „Jungle law breaks out,““ *Area* 44 (2), S. 245-249.
- Pew Charitable Trusts (2012): *The Local Squeeze*. Washington, D.C.: Pew Charitable Trusts.
- Pierson, P. (1998): „Irresistible forces, immovable objects: post-industrial welfare states confront permanent austerity,“ *Journal of European Public Policy* 5 (4), S. 539-560.
- Pollin, R. (2003): *Contours of Descent*. London: Verso.
- Porter, O. W. (2006): *Creating the New City of Sandy Springs*. Bloomington, IN: AuthorHouse.
- Schwartz, J. (2012): „\$7 billion public-private plan in Chicago aims to fix transit, schools and parks,“ *New York Times*, 29.3.2012, S. A14.
- Segal, D. (2012): „Our town Inc,“ *New York Times*, 24.6.2012, S. BU1.
- Skocpol, T. und Williamson, W. (2012): *The Tea Party and the Remaking of Republican Conservatism*. Oxford: Oxford University Press.
- Speilman, F. (2012): „Rahm: you gotta be kidding me,“ *Chicago Sun-Times*, 5.5.2012, S. 3.
- Stanley, J. A. (2009): „TABOR tyranny,“ *Colorado Springs Independent*, 9.4.2009, [www.csindy.com/coloradosprings/tabor-tyranny/Content?oid=1347928](http://www.csindy.com/coloradosprings/tabor-tyranny/Content?oid=1347928).
- Steinhauer, J. (2009): „To cut costs, states relax prison policies,“ *New York Times*, 24.3.2009, S. A1.
- Steinmetz, G. (2009): „Detroit: a tale of two crises,“ *Society and Space* 27(5), S. 761-770.
- Stephens, J. (2012): „Out of cash: the end of the nation's largest redevelopment program,“ *Next American City*, 13.3.2012, [americacity.org/forefront/view/out-of-cash](http://americacity.org/forefront/view/out-of-cash).
- Sugrue, T. J. (2005): *The Origins of the Urban Crisis*. Princeton: Princeton University Press.
- Vlasic, B. and Yaccino, S. (2013): „Detroit waits, apprehensive, for manager to take over,“ *New York Times*, 24.3.2013, S. A17.
- Wacquant, L. (2012): „Three steps to a historical anthropology of actually existing neoliberalism,“ *Social Anthropology* 20(1), S. 66-79.
- Walsh, M. W. (2012): „When a county falls off the cliff,“ *New York Times*, 19.2.2012, S. BU1-BU5.
- Williams, E., Leachman, M. und Johnson, N. (2011): *State Budget Cuts in the New Fiscal Year are Unnecessarily Harmful*. Washington, D.C.: Center on Budget and Policy Priorities.
- Williams, J. (2010): „Restoring the proper balance of federalism,“ *SPN News*, November/Dezember 2012, S. 3.
- Zernike, K. (2010): *Boiling Mad*. New York: Times Books.

## WELTWEITES NETZWERK DER RLS-AUSLANDSBÜROS



### **NORDAMERIKA & VEREINTE NATIONEN**

New York/USA  
Leitung: Dr. Stefanie Ehmsen und  
Dr. Albert Scharenberg  
Website: [www.rosalux-nyc.org](http://www.rosalux-nyc.org)

### **MEXIKO, ZENTRALAMERIKA UND KUBA**

Mexiko-Stadt/Mexiko  
Leitung: Torge Löding  
Website: [www.rosalux.org.mx](http://www.rosalux.org.mx)

### **ANDENLÄNDER**

Quito/Ecuador  
Leitung: Dr. Miriam Lang  
Website: [www.rosalux.org.ec](http://www.rosalux.org.ec)

### **SÜDAMERIKA**

São Paulo/Brasilien  
Leitung: Gerhard Dilger  
Website: [www.rls.org.br](http://www.rls.org.br)

### **PALÄSTINA**

Ramallah  
Leitung: Katja Hermann  
Website: [www.rosaluxemburg.ps](http://www.rosaluxemburg.ps)

### **ISRAEL**

Tel Aviv  
Leitung: Tsafir Cohen  
Website: [www.rosalux.co.il](http://www.rosalux.co.il)

### **HAUPTSITZ**

Berlin/Deutschland  
Vorsitzender: Dr. Dagmar Enkelmann  
Geschäftsführer: Dr. Florian Weis  
Website: [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

### **NORDAFRIKA**

Tunis/Tunesien  
Leitung: Peter Schäfer  
E-Mail: [pschaefer@rosalux.de](mailto:pschaefer@rosalux.de)

### **WESTAFRIKA**

Dakar/Senegal  
Leitung: Dr. Claus-Dieter König  
Website: [www.rosalux.sn](http://www.rosalux.sn)

### **OSTAFRIKA**

Daressalam/Tansania  
Leitung: Siegfried Schröder  
E-Mail: [schroeder@rosalux.de](mailto:schroeder@rosalux.de)

### **SÜDLICHES AFRIKA**

Johannesburg/Südafrika  
Leitung: Dr. Armin Osmanovic  
Website: [www.rosalux.co.za](http://www.rosalux.co.za)

### **OSTASIEN**

Peking/China  
Leitung: Dr. Lutz Pohle  
E-Mail: [pohle@rosalux.cn](mailto:pohle@rosalux.cn)

### **EUROPÄISCHE UNION**

Brüssel/Belgien  
Leitung: Martin Schirdewan und  
Claus-Dieter König  
Website: [www.rosalux-europa.info](http://www.rosalux-europa.info)

### **OSTMITTELEUROPA**

Warschau/Polen  
Leitung: Dr. Joanna Gwiazdecka  
Website: [www.rls.pl](http://www.rls.pl)

### **SÜDOSTEUROPA**

Belgrad/Serbien  
Leitung: Dr. Boris Kanzleiter  
Website: [www.rosalux.rs](http://www.rosalux.rs)

### **RUSSLAND, ZENTRALASIEN & KAVKASUS**

Moskau/Russland  
Leitung: Tiina Fahrni  
Website: [www.rosalux.ru](http://www.rosalux.ru)

### **SÜDOSTASIEN**

Hanoi/Vietnam  
Leitung: Liliane Danso-Dahmen  
Website: [www.rosalux.vn](http://www.rosalux.vn)

### **SÜDASIEN**

Neu-Delhi/Indien  
Leitung: Stefan Mentschel  
E-Mail: [south-asia@rosalux.de](mailto:south-asia@rosalux.de)



Facebook: [rosaluxnyc](https://www.facebook.com/rosaluxnyc)  
Twitter: [@rosaluxnyc](https://twitter.com/rosaluxnyc)  
Instagram: [rosaluxnyc](https://www.instagram.com/rosaluxnyc)

[www.rosalux-nyc.org](http://www.rosalux-nyc.org)